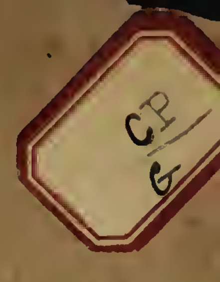


Beschlüsse
des zweiten Parteitages der K. P. D.

Abgehalten vom 22. bis 26. August 1921
in Jena.



1921
Frankes Verlag G.m.b.H., Leipzig-Berlin


335.4
B463
W.W.W.

I. Zusammensetzung des Parteitages.

1. 274 stimmberechtigte Delegierte.
2. 76 Teilnehmer mit beratender Stimme, darunter
   - 13 Mitglieder der Zentrale
   - 19 Zentralausschußmitglieder
   - 3 Mitglieder der Revisionskommission
   - 4 Vorstandsmitglieder der Reichstagsfraktion
   - 3 Vertreter der Jugend
   - 4 Oberbezirkssekretäre
   - 8 Bezirkssekretäre
   - 6 Abteilungsleiter
   - 12 Redakteure
   - 1 Referentin
   - 1 Oppositionsdelegierter vom Weltkongreß
   - 2 Wanderlehrer.
3. Vertreter ausländischer Parteien.
   - Kolarow, Vertreter der Exekutive der Kommunistischen Internationale,
   - Jussofowitsch, Vertreter der Roten Gewerkschaftsinternationale und Vorsitzender des russischen Lederarbeiterverbandes,
   - Alkalei, Vertreter der Kommunistischen Partei Bulgariens,
   - Fries, Samhundet, Vertreter der Norwegischen Arbeiterpartei,
   - Christiansen, Vertreter der Kommunistischen Partei Dänemarks,
   - Peters, Winther, Vertreter der Kommunistischen Partei Hollands,
   - Weber, Vertreter der Kommunistischen Partei Luxemburgs,
   - Wyssert, Sulzbacher, Hedinger, Trostel, Vertreter der Kommunistischen Partei der Schweiz,
   - Kreibich, Vertreter der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei,
   - Carsman, Vertreter der Kommunistischen Partei Australiens,
   - Morton, Vertreter der Kommunistischen Partei Amerikas.

II. Begrüßungsschreiben und Telegramme.

1. Von der Exekutive der Kommunistischen Internationale.
2. Vom Genossen Lenin, Moskau.
3. Vom Genossen Radek, Moskau.
4. Von der Kommunistischen Partei Italiens (Bordiga).
5. Von der Kommunistischen Partei Schwedens (Ström).
6. Von der Britischen Kommunistischen Partei (Macmanus).
7. Von der Komiteeleitung der beiden kommunistischen Parteien Belgiens (Massart, van Overstraaten).

8. Von der Kommunistischen Partei Oesterreichs.
9. Von den internierten Rotarmisten und kriegsgefangenen russischen Kommunisten.
10. Von 24 gefangenen Kommunisten der bayrischen Festung Niederschönefeld.
11. Von der Ungarischen Sektion der KPD.
12. Von fünf Genossen der Knappschaftsheilstätte Sülzhain.
13. Von der Kommunistischen Kindergruppe Rudolstadt.
14. Von Wilhelm Seitz, Gerichtsgefängnis Aurich.
15. Vom Unterbezirk Singen-Konstanz.

III. Tagesordnung des Parteitages.

1. **Bericht vom Dritten Kongreß der Kommunistischen Internationale.**
   Berichterstatter: Fritz Heckert, Hertha Sturm.
2. **Bericht der Zentrale**
   a) **Politischer Bericht:** Berichterstatter Ernst Meyer.
   b) **Geschäftsbericht:** Berichterstatter Wilhelm Pieck.
   c) **Bericht der Revisionskommission.**
3. **Die nächsten Aufgaben der Partei**
   (Steuerfrage, wirtschaftliche Kämpfe).
   Referent: Walter Stoecker.
4. **Die Tätigkeit der Kommunisten in den Gewerkschaften.**
   Referent: Jakob Walcher.
5. **Die Lage Sowjetrußlands und die Hilfsaktion.**
   Referent: Ernst Friesland.
6. **Anträge.**
7. **Neuwahlen.**

IV. Büro und Kommissionen.

Vorsitzende:

Wilhelm Pieck-Berlin
Ernst Friesland-Berlin
Georg Schumann-Halle

Schriftführer:

Luise Gogel-Stuttgart
Josef Miller-Hannover
Joseph Richter-Düsseldorf
August Creutzburg-Jena

Mandatsprüfungs-Kommission:

Bruno Granz-Limbach
Otto Zimmermann-Königsberg
Paul Bernhard-Offenbach
Arthur Teucher-Leipzig
Josef Neuhäuser-Köln
Edmund Schwarz-Lingen
Gustav Gerber-Fürth

Beschwerde-Kommission:

Albert Borsdorf-Wittenberg
Karl Becher-Jena
Karl Lotz-Dortmund
Otto Werner-Ulm
Hans v. Borstel-Hamburg
Fritz Weiß-Hartha
Richard Ruppert-Berlin

Statutenberatungs-Kommission:

Willy Sachse-Bitterfeld
Oskar Triebel-Barmen
Otto Hoffmann-Hamburg
Hans Pfeiffer-Berlin
Gustav Haubold-Falkenau
Alfred Bochert-Pößneck
Gustav Schreiber-Stuttgart
Otto Burke-Leutsch
A. Heinrich-Köln
Horst Orsech-Frankfurt a. M.
Martin Hoffmann-Königsberg
Karl Mayer-Wilhelmshaven
Karl Lechleiter-Mannheim
Johann Meier-Nürnberg
August Heisinger-Burg

Redaktions-Kommission:

Georg Schumann-Halle
Karl Becker-Hamburg
Ernst Friesland-Berlin
Max Sievert-Chemnitz
Felix Schmidt-Hannover
Franz Dahlem-Köln
Klara Zetkin-Stuttgart

V. Beschlüsse des Parteitages.

1. **Resolution zu den Beschlüssen des Dritten Weltkongresses der Kommunistischen Internationale.**

Der Parteitag stellt sich auf den Boden der Beschlüsse des Dritten Weltkongresses und ist bereit, die Partei auf die Durchführung der Beschlüsse einzustellen. Die Thesen des Kongresses zur Weltlage stellen fest, daß sich gegenwärtig die Kurve der kapitalistischen Entwicklung trotz zeitweiliger Hebung senkt, daß die Kurve der Revolution trotz aller Schwankungen in die Höhe steigt. Die tatsächliche Entwicklung in Deutschland zeigt, daß infolge der Kriegsnachwirkungen der Verfall des Kapitalismus unabwendbar ist. Ein Wiederaufbau des Kapitalismus in Deutschland wäre nur möglich auf Kosten der völligen Verelendung des Proletariats. Aufgabe der KPD. ist es, in dem begonnenen und sich steigernden Abwehrkampf, in dem die Bourgeoisie alle Mittel der Staatsgewalt gegen die Arbeiterschaft anwendet, die Massen zu sammeln und die Kämpfe in einem Geiste zu führen, der über die Abwehr einer unmittelbaren Verschlechterung der wirtschaftlichen und politischen Lage hinaus die Erringung der Diktatur des Proletariats zum Ziele hat.

Der Parteitag anerkennt die Berechtigung der in den Thesen enthaltenen Kritik an der Märzaktion und wird die Lehren dieser Aktion bei den kommenden Kämpfen anwenden. Der Parteitag stellt fest, daß der Kongreß die Märzaktion als einen notwendigen und berechtigten Abwehrkampf und als einen Schritt nach vorwärts anerkennt und die in Parteikreisen vertretene „revolutionäre Offensivphilosophie“ abgelehnt hat. Bei seiner scharfen Kritik der Märzaktion hat der Genosse Trotzki übersehen, daß die Fehler dieses Kampfes nicht nur der vom Kongreß abgelehnten „revolutionären Offensivphilosophie“, sondern auch der früheren passiven Einstellung der Partei entsprangen. Die Partei hat in ihrer Praxis bereits seit den Märztagen die aus der Märzaktion sich ergebenden Lehren zu verwirklichen versucht. Die Partei hätte die Fehler eher überwunden, wenn nicht die Disziplinlosigkeit der Sowjetgruppe und deren Kampf gegen die Partei sie daran gehindert hätte. Diese Lehren sind:

1. Genaue Analyse der konkreten Situation und sorgfältige Vorbereitung aller Kämpfe. Engste Verbindung der Partei mit den breiten Massen. Entfesselung von Kämpfen für Ziele, die für jeden Arbeiter verständlich sind.
2. Sorgfältiger Ausbau und Durchdringung der Organisation mit einheitlichen Kampfgeist. Eiserne Kampfesdisziplin.
3. Ueberwindung gleichermaßen aller Reste opportunistischer, zu Passivität neigenden Tendenzen wie auch der Politik revolutionärer Ungeduld und wortradikaler Phrase.

Angesichts dieser klaren Lehren der Märzaktion muß die Kritik der Vergangenheit in den Parteidiskussionen jetzt der Besprechung und Verwirklichung der nächsten Aufgaben weichen.

Der Parteitag hält es für selbstverständlich, daß alle diejenigen zur Parteiarbeit herangezogen werden, die bereit sind, auf dem Boden der Kongreßbeschlüsse und im Sinne der Moskauer Vereinbarung zu arbeiten und sich der Parteidisziplin zu fügen. Die Aktionsaufgaben, vor die die KPD. durch den Prozeß der Zerrüttung der deutschen Wirtschaft, durch die Offensive des deutschen Unternehmertums, das mit allen Mitteln durch den Machtapparat des Staates gedeckt wird, durch die furchtbare Not der proletarischen und kleinbürgerlichen Massen gestellt ist, können nur gelöst werden, wenn die Partei diese agitatorische und organisatorische Arbeit in den Dienst der Tat stellt. Genügt der Druck der Partei nicht, um das Proletariat in einheitlicher Front in den Kampf zu führen, so ist es die Pflicht der KPD., zu versuchen, selbständig große Teile der Arbeitermassen zum Kampfe zu führen.

Diese selbständige Politik der Verteidigung der Lebensinteressen des Proletariats durch seinen aktivsten, klassenbewußtesten Teil wird nur dann von Erfolg sein, dann zur Aufrüttelung der zurückgebliebenen Massen führen, wenn die Ziele des Kampfes aus den konkreten Situationen herauswachsen, wenn sie den breiten Massen verständlich sind, wenn die breiten Massen in diesen Zielen auch die ihren sehen.

In der Führung der Kämpfe gegen die Erhöhung des Brotpreises, Abwälzung ungeheurer Steuerlasten auf das Proletariat, Steigerung der Lebensmittelpreise, Herabsetzung der Reallöhne, hat die KPD. die verantwortungsvolle Pflicht, die Initiative zu ergreifen. Das kann nur geschehen, wenn allenthalben jeder Betriebsfraktion, Gewerkschaftsfraktion, Ortsgruppe, jedes einzelne Mitglied der Partei, die gesamte Parteipresse, die parlamentarischen Fraktionen die Aufgaben des Tages erfassen, klar formulieren, und unter fester, einheitlicher Führung sofort den Kampf um die allgemeinen Forderungen des Proletariats einleiten, jede einzelne Parole aus den konkreten Tatsachen des Tageskampfes erwachsen lassen, die breitesten Massen um sich sammeln im Kampfe zu einer einheitlichen Front gegen die Bourgeoisie, den Kampf erweitern, vertiefen und zusammenfassen und ausrichten auf das Endziel: die Eroberung, Sicherung und Festigung der Macht des Proletariats.

Während es notwendig ist, beim Wachstum der Bewegung den Kampf zu steigern, ist es Pflicht der Partei, falls die Bewegung einen rückläufigen Gang annimmt, die Massen möglichst geordnet und geschlossen aus dem Kampf zu führen. Die Hauptsache ist, daß die KPD. von dem Geist der Kampfbereitschaft erfüllt ist und jegliche Passivität überwindet.

Die KPD. hat sich nicht auf die Abwehr der dem Proletariat drohenden Gefahren, auf die Abwehr der auf die Arbeitermassen niedersausenden Schläge zu beschränken. Die Kommunistische Partei ist in der Periode der Weltrevolution ihrem Wesen nach die Partei des Angriffs, des Ansturms auf die kapitalistische Gesellschaft.

2. **Manifest des Parteitages der KPD. an die Werktätigen in Stadt und Land!**

Männer und Frauen des schaffenden Volks! Harte Not zehrt an eurem Leben und noch schwärzeres Elend droht euch. Eine ungeheure Teuerungswelle geht durch das Land. Die Lebensmittelpreise sind auf eine Höhe geklettert, wie nie zuvor. Die amtliche Statistik zeigt in nüchternen Zahlen an, daß die Preise für den unentbehrlichen Lebensbedarf selbst den bisher höchsten Stand im Januar 1921 überschritten haben. Diese Zahlen geben aber nicht einmal die volle Höhe der Teuerung wieder. Hunger und Kummer hocken als ständige Gäste in den Familien der Arbeiter, der Angestellten, der Beamten, Handwerker und Schaffenden auf dem Lande, kurz aller derer, die nicht zu den alten oder neuen Reichen gehören. Der Laib Brot kostet 7 Mark und mehr. Die schmale Zukost dazu: Gemüse, Kartoffeln wird immer unerschwinglicher. Fleisch ist ein Luxus geworden in den Haushaltungen der Arbeitenden. Jede Neuanschaffung von Kleidern, Schuhen, Hausgerät usw. zwingt die Massen der kleinen Leute, den Hungerriemen noch enger zu schnallen. Das Wohnungselend wächst immer noch und die Mieten steigen wie alle übrigen Preise.

Auf der ganzen Linie kämpfen Fabrikanten und Handelsherren für die Herabdrückung der Löhne und Gehälter. Großkapitalisten und Großgrundbesitzer plündern als Warenwucherer die werktätige Bevölkerung bei jedem Einkauf aus. Auf dem Lande wie in der Stadt. Die kleinen Leute im Dorfe können kaum zahlen, was sie für Haushalt und Wirtschaft von der Industrie kaufen müssen. Düngemittel und Vieh, Pacht und Bodenpreise sind unerschwinglich. Während des Krieges war der Staat gezwungen, gegen den Waren- und Lebensmittelwucher Schranken zu errichten. Vor dem vereinigten Ansturm der Kapitalisten und Großgrundbesitzer sind sie fast bis auf den letzten Rest gefallen. Die Zwangswirtschaft ist abgebaut. Der Brotwucher hat freie Bahn. Nur der Junker und Großbauer sackt den Vorteil ein. Der Kleinbauer verkauft wenig oder nichts, ja, muß oft zukaufen. Neben den Kapitalisten, der die Löhne und Gehälter abbaut, und den Kapitalisten, der alle Preise verteuert, tritt der Kapitalistenstaat, die Ebert-Republik mit ungeheuren Steuerforderungen. Sie werden dem arbeitenden Volk buchstäblich den trockenen Bissen vom Munde reißen. Die Notenpresse ist der blühendste Geschäftszweig des Reiches. Der Staat der sie in Bewegung setzt, macht die wertlosen Fetzen Papier immer wertloser, die zur Entlohnung der Arbeit dienen. Die Kaufkraft aller Löhne und Gehälter, aller Renten und Zinsen sinkt und sinkt. Hunderttausende von Männern und Frauen fast aller Berufe und Aberhunderttausende von Kurzarbeitern schreien vergeblich nach Arbeit. Und das in einer Zeit, wo die blutigen Entbehrungen der Massen eine gewaltige Steigerung der Produktion verlangen.

Die reißend anschwellende Not der werktätigen Massen stört die Reichen nicht in ungezügeltstem Lebensgenuß. Als ob sie ahnten, daß

ihre Stunde bald schlagen wird, leeren sie den Becher roher Genüsse bis zur Neige. In Dielen und Bars, am Spieltisch, auf dem Rennplatz, in luxuriösen Villen, in Tanzsälen verprassen sie, was sie der Mühsal, dem Hunger der arbeitenden Männer und Frauen, der bleichwangigen Kinder ausgepreßt haben. Den stolzen Bau der bürgerlichen Kultur läßt die untergehende Bourgeoisie kühlen Herzens verfallen. Ihre Gelehrten, ihre Künstler hungern. Die wissenschaftliche Forschung verfällt, weil der kapitalistische Staat kein Geld dafür übrig hat. Die Beamten der Gemeinden, des Staates und Reiches können ihre und ihrer Angehörigen Notdurft nicht bestreiten. Brutal erraffen und brutal genießen, ist Lebensinhalt der wenigen tausend Ausbeuter, die von der Not des Volkes und dem Zerfall der Wirtschaft sich mästen.

Werktätige Männer und Frauen in Stadt und Land! Nicht bloß ihr geht in dem Elend zugrunde. Auch euren Kindern droht gleiches Schicksal. Ihr könnt sie nicht einmal mehr satt machen und kleiden, geschweige denn erziehen. Sie verderben zu Hunderttausenden in Not, sie sterben zu Hunderttausenden in Not. Mit ihnen verdirbt und stirbt die Zukunft.

Die Ursachen unseres Elends liegen klar zutage. Der ruchlose imperialistische Krieg hat ungeheure Werte zerstört, das Land verarmt, zugleich aber eine riesige Schuldenlast aufgehäuft. Die bürgerliche Republik hat die Schulden ins Fabelhafte vermehrt. Die Kriegsverdiener und die Kriegswucherer und alle, die aus Blut und Tränen der mit Hand und Hirn Arbeitenden während des Krieges und während der Revolution märchenhaften Reichtum gewonnen haben, zwingen heute die arbeitenden Massen in eine Schuldknechtschaft ohne Ende. Dreizehn Milliarden Mark müssen jährlich aufgebracht werden zur Verzinsung der Kriegs- und anderer Staatsschulden. Diese ungeheuerliche Last drückt die Wirtschaft unerbittlich nieder und hält die Arbeiter, Angestellten, Beamten, Handwerker, Bauern in Schuldfron. Zu dem Fronden und Zinsen für die deutschen Kapitalisten ist hinzugekommen der zermalmende Kriegstribut, den die Sieger im Weltkrieg vom deutschen Volke fordern. Die deutsche Bourgeoisie hat sich durch ihre Regierung zur Zahlung verpflichtet. Sie denkt nicht daran, selbst zu zahlen. Sie will die großen Massen zahlen lassen und hofft, in pfiffiger Spekulation an der Wiedergutmachung ebenso reichlich zu verdienen, wie sie an den Kriegslieferungen verdient hat.

Diese Rechnung hat jedoch ein Loch. Auf dem Weltmarkt ist dem scheinbaren wirtschaftlichen Aufschwung der Nachkriegszeit eine langandauernde, schwere Krise gefolgt. In England, in Frankreich, in Amerika sind Millionen von Arbeitern und Angestellten arbeitslos. Frankreich und Belgien haben es abgelehnt, große Warenlieferungen aus Deutschland zuzulassen. Die anderen großen Industriestaaten haben hohe Zollmauern errichtet, um sich vor der Schmutzkonkurrenz der deutschen Industrie zu schützen. Vom Handel und Wandel mit Sowjetrußland hält die Furcht ab: Die Furcht, den Ententekapitalisten und ihren Regierungen zu mißfallen, die Furcht vor dem „Bolschewismus“, d. h. vor dem Beispiel, daß Arbeiter und Bauern die Macht im Staate haben. Wenn die deutsche Bourgeoisie sich oben halten will, so gibt es für sie nur einen Weg dazu — die Herabdrückung des arbeitenden Volkes in die Lage von Kulis: Lohnabbau, Gehaltskürzungen, Aus-

sperrungen, Stillegung von Betrieben, ungeheurer Steuerabzug, schrankenloser Preiswucher.

Die Heimsuchung der Schaffenden wird verschärft durch die Sabotage der Großgrundbesitzer und reichen Bauern. Diese lassen lieber die Felder brach liegen oder verwandeln Ackerland in Weideland, als daß sie billiger Brot verkaufen. Die Dürre, die in großen Teilen Europas die Getreide- und Kartoffelernte mißraten lassen, nützen sie rücksichtslos aus zum Lebensmittelwucher. Der kleine Bauer leidet darunter mit seinen Brüdern der Arbeit in der Stadt. Er nutzt jedes Fleckchen Boden aus und die Dürre zwingt ihn, zu Wucherpreisen zu kaufen, was er selbst nicht erbaut hat.

Arbeiter, Beamte, Angestellte, kleine Leute in Stadt und Land!

Die Not zwingt jeden arbeitenden Mann und jede arbeitende Frau, sich zu wehren. Eine große Streikwelle geht durch das Land. Industrie- und Landarbeiter, Angestellte, Beamte und Eisenbahner wollen die Hungerschlinge lockern, die sich um ihren Hals legt. Eine tiefe Erbitterung gärt im Volke gegen die räuberischen Steuerpläne der Regierung Wirth-Bauer. Unter diesem Drucke haben selbst die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer anerkennen müssen, daß umfassende Lohn- und Gehaltserhöhungen nötig sind. Und diese Herren haben doch eine Arbeitsgemeinschaft mit dem Unternehmertum und sind mit der kapitalistischen Regierung Wirth verbündet. Die sozialdemokratischen Parteiführer wenden sich gegen die Steuerpläne der Regierung in der sie selbst sitzen. Die Unabhängigen mußten das Gleiche tun, obgleich sie der Regierung eine wohlwollende Unterstützung angedeihen lassen und sich zur Ausführung der Ententeforderungen verpflichtet haben. Das ist nur ein neues Manöver, um die Massen zu täuschen.

Werktätige Männer und Frauen!

Der Kampf gegen Hunger und Elend muß aufgenommen werden. Ihr könnt nur vorwärts kommen, wenn ihr geschlossen, wenn ihr einheitlich kämpft. Jede Rücksicht auf die Interessen der schmarotzenden Kapitalisten muß fallen vor euerer gebieterischen Not. An Stelle der Arbeitsgemeinschaft mit der Bourgeoisie muß eine Kampfgemeinschaft aller Werktätigen gegen die Bourgeoisie treten. Euer Lebensinteresse und das der besitzenden Klasse steht in unversöhnbarem Widerspruch. Es gibt nur ein Hüben und Drüben. Entweder mit den Reichen und ihrer Regierung, die Armen weiter aussaugen und bedrücken, oder zur Linderung der Massennot entschlossen und rücksichtslos den Kampf gegen die Bourgeoisie und deren Herrschaft aufnehmen. Dieser Kampf kann nicht in den parlamentarischen Schwatzbuden durch Vertreter ausgefochten werden. Ihr selbst müßt ihn führen in den Betrieben, in den Büros, in den Gewerkschaften, den Dörfern, auf Gütern, wo immer Arbeiter, Angestellte, Beamte, Handwerker, kleine Bauern zusammen sind. Ohne Rücksicht auf Parteischranken findet euch in allen Betrieben, an allen Orten zusammen, um zu beraten, um gemeinsam und einheitlich eure Forderungen festzulegen, um gemeinsam und einheitlich dafür tatkräftig den Kampf aufzunehmen.

Um was geht es für euch? Um einen Lohn und Gehalt, um einen Verdienst und Erwerb, der zum Leben ausreicht. Um die Abwehr der Steuerlasten; um die Aufrichtung von Schranken gegen den Lebensmittel- und Warenwucher. Es gilt die Sabotage der industriellen

und landwirtschaftlichen großen Unternehmer zu verhindern. Es gilt, die vorhandenen Arbeitsmittel und Menschenkräfte zur höchsten Arbeitsleistung planmäßig einzusetzen. Es gilt, der Verschwendung, der Steuerhinterziehung der Bourgeoisie einen Damm zu setzen. Deshalb muß die gesamte Wirtschaft unter die strenge, gewissenhafte Kontrolle der Arbeiter, Angestellten, Beamten und Kleinbauern gestellt werden.

Schaffende Männer und Frauen in Stadt und Land!

Sammelt euch um die Forderungen, die sich jedem Werktätigen aufdrängen, die heute schon die Forderungen von Millionen sind:

1. Eine allgemeine prozentuale gleichmäßige Erhöhung aller Löhne, Gehälter, Invalidenrenten und Unterstützungen. Die Erhöhung muß außer den jetzigen Preissteigerungen auch die Verelendung gegenüber der Vorkriegszeit und der werktätigen Bevölkerung in anderen kapitalistischen Ländern ausgleichen. Wir halten eine allgemeine Erhöhung um 100 Prozent für das zunächst mindest Notwendige.

2. Eine Ersetzung des Lohnausfalls der Kurzarbeiter zu zwei Dritteln von den Unternehmern (Punkt 7 der zehn Forderungen des ADGB.).

3. Weitere besondere Maßnahmen zur Verbesserung der Lebenslage der Arbeitslosen (Punkte 1, 6, 8, 9 der Forderungen des ADGB.)

4. Eine wirklich durchgreifende, die unteren Einkommens- und Vermögensstufen schonende, dagegen die großen Vermögen und Ein-Einkomen um so schärfer erfassende Vermögens- und Einkommenssteuer. Dabei müssen alle Einkommen unter 24 000 Mark und alle Vermögen unter 100 000 Mark von jeder Besteuerung freibleiben. Die steuerfreie Einkommens- und Vermögensgrenze ist für jedes Steuerjahr neu festzusetzen.

5. Die Wegsteuerung aller Erbschaften und Nachlässe, die den Wert von 100 000 Mark übersteigen, mit Ausnahme derjenigen, die zur Erhaltung und Weiterführung der Wirtschaft der selbstarbeitenden Bauern und Kleinhandwerker notwendig sind.

6. Die Beschlagnahme der Vermögen aller früheren Fürstenhäuser und der am Völkermord beteiligten Heerführer und Staatsmänner.

7. Die Einstellung der Zinszahlung der Staatsschulden unter Schonung der kleinen Zeichner.

8. Die Streichung aller Ausgaben, die der Aufrechterhaltung der Unterdrückungsorgane des bürgerlichen Klassenstaates dienen, insbesondere der Ausgaben für die Reichswehr, Polizei und Klassenjustiz.

9. Sofortige Aufhebung des Ausnahmezustandes in Bayern, Ostpreußen und Mitteldeutschland.

10. Freilassung aller politischen Gefangenen. Niederschlagung aller Prozesse gegen revolutionäre Arbeiter.

Wirkliche Auflösung und Entwaffnung aller illegalen Kampforganisationen der Bourgeoisie (Orgesch, Stahlhelm usw.). Bildung eines Selbstschutzes der Arbeiter, Angestellten, Beamten, Landarbeiter, der Kleinbauern.

12. Einstellung der industriellen Produktion auf die Bedürfnisse zum Wiederaufbau Sowjetrußlands und zur Nutzbarmachung der

Rohstoffschätze Rußlands für den Aufbau der deutschen und europäischen Wirtschaft.

Arbeiter, Angestellte, Beamte, Kleinbauern!

Gegen eure Forderungen werden sich wütend alle wenden, die auf eure Kosten ein Schmarotzerdasein führen. Laßt euch dadurch nicht beirren! Nur kämpfend könnt ihr sie durchsetzen. Arbeiterführer, politische Führer, die sich mit der Bourgeoisie verbündet haben, werden versuchen, euren Kampf zu hemmen, zu verwirren, zu lähmen, zu zersplittern. Weder Feindschaft, noch falsche oder halbe Freundschaft kann euren Weg aufhalten, wenn ihr geschlossen zusammensteht. Eure Zahl ist eure Macht! Bei Geschlossenheit und Zielbewußtsein könnt ihr den Widerstand eurer Feinde überwinden, auch wenn sie noch so wohlorganisiert, herrschgewohnt, gewalttätig und listenreich sind.

Schaffende Männer und Frauen Deutschlands!

Die herrschenden Klassen haben den Kampf gegen die räuberischen Forderungen der Entente aufgegeben. Alle Parteien, selbst die Deutschnationalen, in donnernden Worten fressen sie täglich die Entente auf, praktisch machen sie die Politik der Unterwerfung unter die Ententeforderungen mit. Wir Kommunisten haben uns geweigert, den Namen der deutschen Arbeiterklasse unter das Diktat der Ententeräuber zu setzen. Wir rufen euch nicht auf, zu einem Rachekrieg. Er würde dem werktätigen Volke in Deutschland wie in den Ententeländern nur neue Wunden schlagen. Wir rufen euch auf zum Fortschreiten auf dem einzigen Wege, an dessen Ende der Versailler Vertrag zerrissen werden kann, wie der Vertrag von Brest-Litowsk zerrissen worden ist. Das ist der Weg des revolutionären Kampfes, gemeinsam mit den Arbeitern, den Schaffenden aller Länder, insbesondere mit den Proletariern der Ententeländer selbst, gemeinsam mit der Kommunistischen Internationale. Nur Arbeiterfäuste diesseits und jenseits des Rheins und des Kanals können den Blutvertrag in Stücke reißen.

Werktätiges Volk!

Wir Kommunisten sprechen es offen aus, daß keine staatliche Reform, daß keine wirtschaftliche Maßregel im Rahmen des Kapitalismus die Schaffenden endgültig aus der Not befreien kann. An die Stelle der Diktatur der Bourgeoisie muß die Diktatur des Proletariats treten. Nur dadurch wird es möglich, alle Ausbeuter fleißiger, fruchtbringender Arbeit rücksichtslos niederzuwerfen und niederzuhalten. Nur dadurch wird der Weg frei für die Entfaltung all der reichen Kräfte und Talente, die in den Volksmassen schlummern. Nur dadurch kann aufgebaut und besser aufgebaut werden, was der Krieg zertrümmert, zerstört hat. Diktatur des Proletariats besagt Macht für alle Schaffenden, eine neue, höhere gesellschaftliche Ordnung aufzurichten. Eine Ordnung Gleichverpflichteter und Gleichberechtigter, die bei Arbeit und Freiheit für alle verbürgt: Erblühen und Erziehung der Kindheit und Jugend; beglückende Betätigung der Kräfte der Erwachsenen und Reifen; brüderliche Fürsorge für Hilfsbedürftige; einen friedlichen, sorgenfreien Lebensabend der Betagten. Die Diktatur des Proletariats steht am Eingang zur sozialistischen, zur kommunistischen Gesellschaft. Mit der Verwirklichung der neuen Ordnung hat die Diktatur des Proletariats als Bahnbrecherin einer klassenlosen Gesellschaft ihre Aufgabe erfüllt.

Wer das leuchtende Ziel will, muß den schweren, bitteren Weg dazu wollen. Er heißt Kampf, opfer- und gefahrenreicher Kampf.

Männer und Frauen des schaffenden Volkes in Stadt und Land!

Einzig und allein kämpfend werdet ihr emporsteigen aus der Hölle eures Elends zu Freiheit, Kultur, Glück. Wir Kommunisten teilen euren Leidensweg und eure Kämpfe.

Auf zum Kampf gegen Lohn- und Gehaltsabbau, gegen Steuerraub, gegen Preiswucher!

Auf in geschlossener Front gegen die kapitalistischen Ausbeuter und Bedränger!

Es lebe die Kampfbereitschaft aller Ausgebeuteten und Bedrückten!

Vorwärts zum Siege!

3. Kampagne für die Forderungen des Manifestes.

Der Parteitag fordert die Zentrale der KPD. auf, sofort eine Kampagne einzuleiten zur Aufnahme des Kampfes der Massen, um die im Manifest des Parteitages niedergelegten 12 Punkte.

Die Zentrale hat die gesamte Partei auf diesen Kampf einzustellen. Dabei ist umgehend, sowohl lokal wie zentral an sämtliche wirtschaftlichen und politischen Organisationen heranzutreten mit der Aufforderung, klar und deutlich zu antworten, ob sie mitarbeiten wollen an der Schaffung einer kampfbereiten Einheitsfront zum Kampf um die 12 Forderungen.

Beim Herantreten an die lokalen Körperschaften der wirtschaftlichen und politischen Organisationen ist außer den obigen Forderungen die Zusammenfassung der lokalen Lohn- und Gehaltsbewegungen und gemeinsame Demonstrationen gegen die Not und für die Abwälzung aller Kriegslasten auf die Kriegsschuldigen zu fordern.

Beim Herantreten an die zentralen Körperschaften ist außerdem an diese Organisationsleitungen die Frage zu stellen, ob sie bereit sind, im Falle der Ablehnung einzelner Organisationsleitungen ohne diese und trotzdem die kampfbereite Einheitsfront der werktätigen Massen zu organisieren und zu führen. Dabei muß im Sinne der grundsätzlichen Resolution zu den nächsten Aufgaben die KPD. überall die Werktätigen der verschiedenen Betriebe und Gruppen durch interparteiliche Wirtschaftskonferenzen, die sich aus Delegierten der Betriebe und Büros zusammensetzen, in Fühlung bringen. Versagen die Organisationsleitungen, dann wird es Aufgabe der werktätigen Massen sein, durch diese Konferenzen, die dann auf einem Reichskongreß zusammentreten müssen, die kampfbereite Einheitsfront zu organisieren.

4. Zu den Steuer- und Wirtschaftskämpfen.

I.

Die Milliardensteuern, die die Regierung Wirth-Bauer fordert, bedeuten den Versuch der deutschen Bourgeoisie, die Aufbringung der Kosten ihres Kriegs- und die Zahlung der vom siegreichen Räuberimperialismus der Entente verlangten Wiedergutmachungsforderungen den deutschen werktätigen Massen aufzubürden, um sowohl die kapitalistische Ausbeutung zu erhalten und zu steigern, wie den Machtapparat des bürgerlichen Klassenstaates zu stärken.

II.

Die Erhaltung des Kapitalismus in Deutschland ist nur noch möglich durch die dauernde und ständig wachsende Verelendung der deutschen Arbeiterklasse. Diese Verelendung zeigt sich:

1. im direkten Lohnabbau durch Herabsetzung der Wochen- und Akkordlöhne in einzelnen Betriebszweigen, die jedoch nur den Auftakt bildet für einen allgemeinen Lohnabbau,
2. in den Versuchen des Unternehmertums den Achtstundentag zu durchbrechen,
3. in dem allgemeinen indirekten Abbau der Löhne, Gehälter und Unterstützungen durch die Erhöhung der Preise aller lebnsnotwendigen Waren und die steigende Geldentwertung,
4. in dem sich immer mehr steigernden Kurzarbeiter- und Arbeitslosenelend.

Die zu diesen bereits vorhandenen Verelendungserscheinungen noch hinzutretende Aufbringung der Wiedergutmachungsmilliarden, zu der sich die Regierung Wirth-Bauer durch die Annahme des Londoner Ultimatums verpflichtet hat, in der Gestalt der neuen Steuern, muß das Elend der werktätigen Massen ins Unerträgliche vermehren.

III.

Die Ausplünderung hat vor dem Proletariat in Stadt und Land nicht Halt gemacht. Sie trifft mit voller Wucht auch die Schichten des mittleren und kleineren Bürgertums, der Beamten, Kleinrentner, der kleinen Bauern, mit weiterer Teuerung und weiterer Geldentwertung.

Gegen diese mit dem Zerfall des Kapitals in Deutschland verbundene systematische Verelendung und Ausräuberung der breitesten Massen, die in den Steuerplänen der bürgerlichen Regierung ihren klarsten Ausdruck und ihre schärfste Zuspitzung findet, müssen die Massen schonungslos und ohne Rücksicht auf den guten oder schlechten Willen der Bourgeoisie und der Akkumulationsbedürfnisse des Kapitals den Kampf in der sozialen Revolution aufnehmen und weiterführen. Nur dieser Kampf der Massen befreit sie vom Hunger und Tod, indem er sie vom Kapitalismus befreit.

IV.

Das allgemeine Lebensinteresse des Proletariats verlangt deshalb schärfste Fehde gegen den Steuerraubzug.

Sein Kampf gegen die Steuern ist, auch wenn er in wirtschaftlichen Gründen — Abwehr weiterer materieller Verelendung — seinen Ursprung hat, ein politischer.

Der Bourgeoisie geht es bei den Steuern um die Erhaltung und Festigung ihrer Kapitalsherrschaft und die Bewahrung und Steigerung ihres Profits. Sie ist deshalb trotz aller Differenzen zwischen den einzelnen bürgerlichen Schichten über die Aufbringung und Verteilung der verschiedenen Steuerlasten entschlossen, mit allen Machtmitteln ihres Staates die Last der Steuern dem Proletariat aufzubürden.

Die Abwälzung der Steuern auf das Proletariat ist im gegenwärtigen Moment die Lösung, die die Bourgeoisie für ihre Finanzverpflichtungen findet. Für das Proletariat bedeutet diese Abwälzung eine weitere Verelendung, die die Arbeiterklasse in ihrer Existenz bedroht.

Die Arbeiterklasse muß sich daher klar werden, daß sie den Kampf gegen die Steuern nur gewinnen kann, wenn sie ihn als Machtkampf gegen die Bourgeoisie führt: wenn sie einheitlich und geschlossen, in breitester Front mit allen ihren politischen und wirtschaftlichen Organisationen dem Machtwillen und Machtmitteln der Bourgeoisie ihren Machtwillen und ihre Machtmittel entgegensetzt.

V.

Die aus der bürgerlichen Vulgärökonomie übernommene Einteilung der Steuern in direkte, zunächst den Besitz belastende und daher die Werktätigen nicht direkt treffende, und indirekte, die Lebenshaltung der breiten Massen unmittelbar herabdrückende und darum von der Arbeierklasse zu bekämpfende Steuern dient dazu, die klare Front der werktätigen Massen in dem Machtkampf um die Steuern zu verwischen und zu zerbrechen.

In Wirklichkeit werden auch die sogenannten direkten Steuern auf die Werktätigen abgewälzt. Da die Bourgeoisie trotz aller Abwehrkämpfe des Proletariats es bisher stets verstanden hat, sich durch Preiserhöhungen und Lohnkürzung für die von ihr zu zahlenden Steuern letzten Endes schadlos zu halten.

Das zeigt sich bei der hauptsächlichsten direkten Steuer, der Einkommensteuer, schon in ihrer Erhebungsform als Lohn- und Gehaltsbeschlagnahme. Diese Beschlagnahme trifft nur die Arbeiter, Angestellten, Beamten und Pensionäre, die wirtschaftlich schwächsten Schichten, während Kapitalisten und Junker sich dieser „demokratischsten" aller Steuern durch allerlei Schliche und Hintertüren zu entziehen verstehen.

VI.

Die von den Sozialdemokraten und Gewerkschaftsführern als Ausweg aus der Wiedergutmachungskrisis geforderte Belastung des Besitzes durch die Erfassung der „Goldwerte" führt bei unveränderten politischen Machtverhältnissen auch nur zur Abwälzung dieser anscheinend das Industrie- und Agrarkapital ausschließlich treffenden Lasten auf die breiten Massen der Lohnarbeiter und Angestellten, Beamten und kleinen Rentner in der Gestalt einer Vervielfachung der Miete und in der Form von Hungerpreisen für die notwendigsten Lebensmittel und Industrieprodukte.

Alle übrigen Besitzsteuern, wie das veredelte Reichsnotopfer, die Körperschaftssteuer treffen in der vorgeschlagenen Form das Kapital nicht entscheidend. Sie dienen nur zur Fassade, hinter der die Bourgeoisie die Ausplünderung des Proletariats zu verhüllen sucht.

VII.

Für die Gewerkschaften und Sozialdemokraten ist die Unterscheidung zwischen direkten und indirekten Steuern und der Erfassung der Goldwerte nur ein Mittel, dem wirklichen Machtkampf um die Steuern auszuweichen, den Burgfrieden zwischen Lohnarbeit und Kapital auch auf dem Gebiet der Steuern zu verwirklichen. Ihre von der Regierung Wirth-Bauer verwirklichte Politik der Verständigung mit dem Ententeimperialismus hat zu dem unvermeidlichen und von den Kommunisten längst vorhergesagten Erfolge der Auspowerung der breitesten Massen geführt, wie er in dem geplanten Steuerraubzug Wirklichkeit werden soll. Als den verantwortlichen Trägern dieser den

Lebensinteressen des Proletariats feindlichen Politik bleibt jenen Gewerkschafts- und sozialdemokratischen Führern nur übrig, an ihrer Durchführung mitzuarbeiten unter gleichzeitiger Verhüllung der katastrophalen Folgen dieser Politik für die Arbeiterschaft in Stadt und Land.

Darum verwandeln sie den Steuerkampf aus einem Machtkampf, aus der rücksichtslosen Auseinandersetzung darüber, wer die Steuern tragen soll, ob die Bourgeoisie oder das Proletariat, in ein Steuerfeilschen. Sie handeln mit der Bourgeoisie nur darum, wie hoch der Anteil der Arbeiterklasse, wie hoch der Anteil der Bourgeoisie an der vom „Volk gemeinsam zu tragenden" Steuerlast sein soll. Das ist der Sinn ihrer Agitation um die Mehrbelastung des „Besitzes", der Erfassung der Goldwerte und ihrer Bekämpfung der indirekten Steuern, die bei den Scheinsozialisten und Gewerkschaftsführern keineswegs bis zur Ablehnung dieser Steuern geht.

VIII.

Als Vertreter der allgemeinen Interessen des Proletariats in seinem Kampfe gegen den Steuerraubzug und die Verelendungserscheinungen des zerfallenen deutschen Kapitalismus denken die Kommunisten nicht daran, die den Besitz treffenden Steuern abzulehnen. Sie geben sich dabei jedoch nicht der Illusion hin, daß durch die Steuergesetzgebung im kapitalistischen Staat ohne den Kampf der Massen eine wirklich durchgreifende Enteignung der Besitzenden durchgesetzt werden kann.

Die KPD. fordert die völlige Beseitigung

aller indirekten Steuern, (deren Erhöhung die neuen Gesetzentwürfe vorsehen), so die Gesetzentwürfe über die Zuckersteuer, Branntweinsteuer, Leuchtmittelsteuer, Zündwarensteuer, Mineralwassersteuer, Biersteuer, Tabaksteuer und Kohlensteuer, ferner die Einfuhrzölle auf Kaffee, Tee, Gewürz, Kakao, Schokolade usw., die jetzt ebenfalls erhöht werden sollen. Weiter die neue vorgeschagene Süßstoffsteuer.

Die KPD. lehnt ab

die Umsatzsteuern, die jetzt verdoppelt werden sollen, die Reichsstempelabgaben und das Versicherungssteuergesetz. Die Besteuerung der Kraftwagen muß beschränkt bleiben auf Luxusfahrzeuge. Die Versteuerung von Last- und Personenkraftwagen für den Massenverkehr lehnen wir ab.

Die KPD. fordert als sofort durchzuführende Maßnahme:

1. eine wirklich durchgreifende, die unteren Einkommens- und Vermögensstufen schonende, dagegen die großen Vermögen und Einkommen umso schärfer erfassende Vermögens- und Einkommenssteuer. Dabei müssen alle Einkommen unter 24 000 Mark und alle Vermögen unter 100 000 Mark von jeder Besteuerung freibleiben. Die steuerfreie Einkommens- und Vermögensgrenze ist für jedes Steuerjahr neu festzusetzen;

2. die Wegsteuerung aller Erbschaften und Nachlässe, die den Wert von 100 000 Mark übersteigen, mit Ausnahme derjenigen, die zur Erhaltung und Weiterführung der Wirtschaft der selbstarbeitenden Bauern und Kleinhandwerker notwendig sind.

3. die Beschlagnahme der Vermögen aller früheren Fürstenhäuser und der am Völkermord beteiligten Heerführer und Staatsmänner;

4. die Einstellung der Zinszahlung der Staatsschulden unter Schonung der kleinen Zeichner;

5. die Streichung aller Ausgaben, die der Aufrechterhaltung der Unterdrückungsorgane des bürgerlichen Klassenstaates dienen, insbesondere der Ausgaben für die Reichswehr, Polizei und Klassenjustiz.

Eine Bilanzierung des Staatshaushaltes liegt nur dann im Interesse der arbeitenden Bevölkerung, wenn diese Bilanzierung durch die Verwirklichung dieser Maßnahmen zu Lasten der Besitzenden und nicht der Besitzlosen erfolgt.

IX.

In der Erkenntnis, daß im heutigen Klassenstaat bei unveränderten politischen Machtverhältnissen die Erhebung und Verwendung der Steuern wie auch die Erfassung der Goldwerte durch die Beteiligung des Staates an den kapitalistischen Unternehmungen in Industrie, Handel, Verkehr und Landwirtschaft nur der Erhaltung und Beteiligung des bürgerlichen Staates dient, fordert die KPD. die Kontrolle der Produktion und der Preise durch die Betriebsräte der Arbeiter in Stadt und Land, der Beamten, Angestellten und der Kleinbauernräte.

Die KPD. ruft die Massen zum Kampf um die Kontrolle der Produktion und der Preise durch die Betriebsräte auf. Denn nur durch sie gewinnt das Proletariat eine Machtposition, von der aus es die Erfassung und Beschlagnahme der Goldwerte für den Staat aus einer Maßnahme für die Erhaltung und Steigerung des Kapitalprofits in eine Maßnahme für die Sicherung und Besserung seiner Lebenshaltung verwandelt.

Durch die Kontrolle der Produktion gewinnen die Arbeitermassen in Stadt und Land kämpfend, die Kontrolle über das gesamte Wirtschaftsleben durch den Staat, dessen Machtgrundlagen sie in diesem Kampfe zu ihren Gunsten verändern.

Diesen Staat, der so den überwiegenden Einfluß in allen kapitalistischen Betrieben durch die Beschlagnahme der Goldwerte in Verbindung mit der Arbeiterkontrolle sich gesichert hat, wird das Proletariat zwingen können, schon im Interesse der Wirtschaftlichkeit die straffste Zusammenfassung der einzelnen Industrien, der Banken, des Handels und der Landwirtschaft durchzuführen.

X.

Die Maßnahmen der Bourgeoisie und ihres Staates zur Abwälzung aller Lasten auf die Werktätigen haben bereits eingesetzt.

Schon sind die Brotpreise ins Unerträgliche gesteigert worden Schon steigen die Preise für alle übrigen Lebensmittel. Schon werden die Mieten mehr und mehr erhöht.

Die industriellen Verbände haben generell die Parole an das Unternehmertum herausgegeben, direkt oder indirekt durch Lohnreduzierungen, der Verweigerung der Lohnerhöhung trotz der Preissteigerung, die Löhne und Gehälter abzubauen. Die Regierung unterstützt diese Bestrebungen des Unternehmertums, indem sie gerade jetzt die sogenannte Schlichtungsordnung, die in Wirklichkeit ein Antistreikgesetz ist, zum Gesetz machen will. Das Unternehmertum hat außerdem einen planmäßigen Krieg gegen den Achtstundentag eröffnet. Um das Prole-

tariat niederwerfen zu können, wurden schon in verschiedenen Betrieben Werkswehren oder geheime Werkpolizeien, die von ehemaligen Offizieren geleitet werden, organisiert.

Hand in Hand mit dem Steuerkampf muß darum der bereits eröffnete Kampf der Werktätigen gegen ihre wachsende Verelendung mit steigender Energie fortgeführt werden. Es bedarf dazu einer zusammenfassenden kampfbereiten Führung, damit die große Masse des werktätigen Volkes einheitlich aufmarschiert.

Die Ziele dieser Einheitsfront gegen die Not und den Hunger wie gegen die Ausplünderung müssen sein:

1. Eine allgemeine prozentuale gleichmäßige Erhöhung aller Löhne, Gehälter, Invalidenrenten und Unterstützungen. Die Erhöhung muß außer den jetzigen Preissteigerungen auch die Verelendung gegenüber der Vorkriegszeit und der werktätigen Bevölkerung in anderen kapitalistischen Ländern ausgleichen. Wir halten eine allgemeine Erhöhung um 100 Prozent für das zunächst mindest Notwendige.

2. Eine Ersetzung des Lohnausfalls der Kurzarbeiter zu zwei Dritteln von den Unternehmern (Punkt 7 der 10 Forderungen des ADGB.).

3. Weitere besondere Maßnahmen zur Verbesserung der Lebenslage der Arbeitslosen (Punkte 1, 6, 8, 9 der Forderungen des ADGB.).

Die bereits überall spontan aufflammenden Lohn- und Gehaltsbewegungen der städtischen und ländlichen Proletarier, der Beamten und Angestellten müssen aufs schärfste gesteigert und einheitlich zusammengefaßt werden. Ohne das Vorhandensein einer kampfentschlossenen Einheitsfront aller Arbeitenden müssen alle gewerkschaftlichen Einzelkämpfe bei der gegenwärtig immer schlechter werdenden wirtschaftlichen Lage entweder mit Niederlagen oder mit lächerlich geringen Lohn- und Gehaltserhöhungen enden.

Diese wirtschaftlichen Kämpfe müssen in ihrer Steigerung gleich dem Steuerkampf notwendig in politische Machtkämpfe umschlagen, da sie, wenn sie gegen die Verelendung sich wenden, an den Grundlagen der kapitalistischen Wirtschaft und damit an den Grundfesten des Staates selbst rütteln. Auch in diesem politischen Kampf kann das Proletariat nur siegen, wenn es ihn einheitlich und geschlossen in breitester Front führt.

XI.

Als berufen für die Organisierung des einheitlichen Kampfes der werktätigen Massen für eine allgemeine Verbesserung der Lebenslage und für die Abwälzung aller Kriegslasten auf die Kriegsschuldigen betrachten wir die wirtschaftlichen und politischen Organisationen der Arbeiter, Angestellten, Beamten, Arbeitslosen und Kriegsopfer.

Die werktätigen Massen haben jedoch übergenug Grund, allen maßgebenden Gewerkschaftsführern gegenüber mißtrauisch zu sein und als bestimmt anzunehmen, daß sie von selbst nicht zur Organisierung und Führung einer kampfentschlossenen Einheitsfront schreiten werden. Die Politik der Führer des ADGB. und der Afa in der augenblicklichen Situation läuft daraus hinauf, alles zu versuchen, die nun einmal durch die objektive Lage unvermeidlich gewordenen Lohn- und Gehaltsbewegungen auf arbeitsgemeinschaftlichem Wege mit dem privaten und staatlichen Kapital kalt zu erledigen, und, soweit das an dem Widerstand des Unternehmertums scheitern sollte, die Kämpfe getrennt in den verschiedenen Arbeiter-, Angestellten- und Beamtengruppen zu führen.

Das kommt ganz klar zum Ausdruck in der letzten Resolution des ADGB., in der gesagt wird, daß die unvermeidlichen Kämpfe von den einzelnen Verbänden zu führen seien und worin auf die Forderung einer allgemeinen, einheitlichen Erhöhung der Löhne, Gehälter und Unterstützungen, so daß für sie in einheitlicher Front gekämpft werden kann, verzichtet wird.. Dabei beschränken sie sich in ihren Forderungen auf das Minimum dessen, was sie für die Beruhigung der großen Masse für notwendig erachten. Als Begründung dafür führen sie im Stile oberflächlichster kapitalistischer Oekonomen an, daß durch zu hohe Forderungen die Konkurrenzfähigkeit der deutschen Wirtschaft und die Staatsfinanzwirtschaft bedroht würden, ohne zu erwähnen, daß die werktätigen Massen im Elend verkommen, während die Unternehmer Riesenprofite machen, und der Staat den Agrariern, den industriellen Unternehmern und den Militaristen dauernd viele Milliarden als Liebesgaben bewilligt.

Die sozialdemokratischen Partei- und Gewerkschaftsführer werden aber nur unter dem Druck der Kampfentschlossenheit der breiten Massen in eine Kampfstellung gedrängt werden können. Darum müssen die werktätigen Massen selbst auf den Plan treten und den geschlossenen einheitlichen Kampf fordern. Dabei müssen sie auch rechnen mit einem Versagen der Partei- und Gewerkschaftsführer im entscheidenden Augenblick oder mit Sabotage im Kampfe.

Die KPD. ist in dieser Situation die Partei, die als erste und eifrigste an der Herstellung einer kampfbereiten Einheitsfront für eine große geschlossene Lohn-, Gehalts- und Unterstützungsbewegung und für die Belastung der Kriegsschuldigen mit allen Steuern arbeitet. Dabei muß die Kommunistische Partei in bezug auf die Haltung der sozialdemokratischen Partei- und Gewerkschaftsführer auf beide Möglichkeiten eingestellt sein: auf das Zwingen der Führer zum Kampf und für den Fall der dauernden Ablehnung des einheitlichen Kampfes auf die schnelle Organisierung der Einheitsfront durch die werktätigen Massen selbst. Erste Voraussetzung für den Erfolg der Massen ist in beiden Fällen, daß die Kommunistische Partei in einer großen Kampagne unter Aufbietung aller Kräfte die Fühlung mit dem gesamten Proletariat herstellt, um die überall schon vorhandene Bewegung zu einer einheitlichen Kampfentschlossenheit zu steigern und den Weg des Kampfes zu weisen.

Zuerst müssen die Massen aufmarschieren mit der Forderung an die Arbeiter-, Angestellten- und Beamtengewerkschaften, die Führung in einem einheitlichen Lohn- und Gehaltskampf zu übernehmen. Von den sozialistischen Arbeiterparteien muß gefordert werden, daß sie die wirtschaftlichen Kämpfe unterstützen und in einheitlicher Front den Kampf gegen jede Belastung der Besitzlosen und für eine vollständige Abwälzung der Steuern auf die Besitzenden aufnehmen.

Dabei gilt es schon heute, Arbeiter, Angestellte, Beamte und Arbeitslose in Fühlung zu bringen und in interparteilichen Wirtschaftskonferenzen die Verbindung zwischen den einzelnen Gruppen und Betrieben des Ortes, des Wirtschaftsbezirkes und schließlich des ganzen Reiches herzustellen. Versagen die sozialdemokratischen Partei- und Gewerkschaftsführer trotzalledem, dann müssen die werktätigen Massen selbst auch organisatorisch die Kampffähigkeit der Einheitsfront herstellen.

Auch hierbei werden die Kommunisten die ersten und eifrigsten sein.

XII.

Beim Weiterbestehen der kapitalistischen Wirtschaft wird durch die Profitgier des Unternehmertums und den fortschreitenden Verfall des Kapitalismus jede erreichte Verbesserung der Lebenslage der werktätigen Massen alsbald illusorisch gemacht. Die Massen stehen immer wieder vor der Gefahr der Verelendung. Weitere Verelendung und wirtschaftlicher Verfall können nur verhindert werden, wenn zugleich mit der Beschlagnahme der Goldwerte durch die Beteiligung des Reiches an den industriellen und landwirtschaftlichen Unternehmungen in Verbindung mit der Arbeiterkontrolle der kapitalistischen Klasse die freie Verfügung über die Produktionsmittel entzogen wird: wenn unter dem Gesichtspunkt der Nutzbarmachung aller Produktivkräfte der Gesellschaft zur Sicherung der Existenz der werktätigen Massen im Kampf um die Kontrolle der Wirtschaft und ihre Leitung durch die Organe der Arbeiter, Angestellten, Beamten und Kleinbauern die planmäßige Anpassung der Wirtschaft an die notwendigen Lebensbedürfnisse der Massen erfolgt.

Die Kontrolle hat im einzelnen folgende Ziele, für deren Verwirklichung die Kommunisten mit aller Macht sich einsetzen:

1. Sicherung der Lebensbedürfnisse der arbeitenden Bevölkerung und Hebung ihrer Lebenshaltung.

2. Ausnutzung aller menschlichen und technischen Kräfte zur Hebung der Produktion. Schaffung von Arbeit für die Arbeitslosen, staatlicher Arbeitszwang für alle Arbeitsfähigen.

3. Verhinderung der Unternehmersabotage.

4. Einstellung der Luxusproduktion, Umstellung der Produktion auf den Massenbedarf der arbeitenden Bevölkerung in Stadt und Land (Wohnungsbau, Herstellung von Kleidung, Schuhzeug, Möbel, Hausgerät usw.).

Zur Steigerung der Lebensmittelerzeugung sind folgende Maßregeln notwendig:

a) Absoluter Anbauzwang. Beschlagnahme aller Ländereien, die von ihren Besitzern nicht angebaut werden. Düngungszwang.

b) Bevorzugung (Vorzugspreise der Kleinbauern und Kleinpächter) in Saatgut, Futter- und Düngemitteln, Geräten und Maschinen aller Art.

c) Einstellung der industriellen Produktion auf die Bedürfnisse zum Wiederaufbau Sowjetrußlands und zur Nutzbarmachung der Rohstoffschätze Rußlands für den Aufbau der deutschen und europäischen Wirtschaft.

Große Aufgaben stehen dem ganzen werktätigen Volke bevor. Sie müssen erfüllt werden, wenn das würgende Elend nicht alle Lebenskraft zermürben soll, und sie werden erfüllt, wenn jeder klassenbewußte Arbeiter, Angestellte und untere Beamte Hand ans Werk legt.

5. Unsere Aufgaben in den Konsumgenossenschaften.

Der Parteitag der KPD. erklärt es für eine Notwendigkeit, daß die Arbeiter ihren täglichen Bedarf an Nahrungsmitteln und Gebrauchsartikeln in den Konsumgenossenschaften decken. Sie macht es daher ihren Mitgliedern zur Pflicht, neben der politischen und gewerkschaftlichen Organisation des Proletariats auch die konsumgenossenschaftliche Organisation mit allen Mitteln zu fördern.

Die KPD. sieht jedoch in einem großen Teil der genossenschaftlichen Bürokratie eine Festung des arbeiterfeindlichen und konterrevolutionären Reformsozialismus. Diese Bürokratie hat kein anderes Interesse, als „ihr" genossenschaftliches Unternehmen zu einem Bollwerk der Reaktion zu machen und den Apparat der Genossenschaften den kapitalistischen Wiederaufbauversuchen zur Verfügung zu stellen.

Da die Konsumgenossenschaften in der Epoche der Revolution und in der Phase des kommunistischen Aufbaues wertvolle Organe sein können, so erklärt es der Parteitag als Pflicht aller Kommunisten in den Genossenschaften, entsprechend den Thesen des 3. Kongresses der Kommunistischen Internationale, in den Genossenschaften für die Stärkung des kommunistischen Einflusses tätig zu sein.

Ebenso wie wir in den Gewerkschaften dafür zu kämpfen haben, daß diese nach Eroberung der politischen Macht befähigt sind, die Regelung der Produktion zu übernehmen, müssen wir auch in den Genossenschaften dahin wirken, daß diese ihre Tätigkeit auf die materielle Unterstützung der kämpfenden Arbeiterklasse einstellen. Gleichzeitig ist der Kampf um die Uebergabe der gesamten Distribution an Nahrungsmitteln und Gebrauchsartikeln an die Genossenschaften im internationalen Maßstabe zu führen.

6. **Zu den Wirtschaftskämpfen der Beamtenschaft.**

Die auf dem Parteitag der KPD. in Jena versammelten Vertreter des revolutionären Proletariats begrüßen auf das Wärmste den Kampf der in Staatsdiesten stehenden Beamten, Angestellten und Arbeiter **gegen die Regierungspolitik der Brotverteuerung und des wachsenden Steuerdrucks**. Die Kommunistische Partei weiß nur zu gut, warum die bürgerliche Regierung, die Sachwalterin der Interessen von Kapital und Bourgeoisie, nicht gesonnen ist, den mehr als bescheidenen Forderungen der vom Staate Besoldeten nachzukommen.

Die Regierung, als der Hausknecht der Bourgeoisie, kann und will der sich steigernden, zur Verelendung treibenden wirtschaftlichen Not kein Ende machen, weil auch das „zweite Proletariat" gemeinsam mit der gesamten werktätigen Bevölkerung hungern muß, damit das heutige System der verschärften Ausbeutung erhalten werden kann.

Schon hat die Regierung zu den Forderungen der Reichsorganisationen der Beamten, Angestellten und Arbeiter ihr Unannehmbar erklärt. Der Reichspostminister hat zur Not der Beamten noch den Vorwurf der Trägheit gefügt und erklärt, das Personal müßte aber auch seinerseits alles tun, um den unhaltbaren finanziellen Verhältnissen ein Ende zu machen und **vor allen Dingen intensiver arbeiten**. Diese Aeußerung Giesberts läßt in nicht mißzuverstehender Weise erkennen, daß man gewillt ist, die Taktik der **Verlängerung der Arbeitszeit und der Personalverringerung zur Rettung des kapitalistischen Staates auch auf Kosten der Beamtenschaft noch rücksichtsloser fortzusetzen.**

Aus der Erkenntnis dieser Sachlage ergibt sich darum als Notwendigkeit:

Ueber den in- und außerparlamentarischen Schacher mit der Regierung hinaus müssen die Beamten sich mit den breiten Massen des übrigen Proletariats zum gemeinsamen Kampfe gegen die Regierung verbinden. Dann wird es unmöglich sein, sie einzeln mit Almosen abzuspeisen, ihren Hunger und ihre Not zu verewigen.

Der Parteitag der KPD. verpflichtet darum nicht nur die kommunistischen Abgeordneten in allen Parlamenten, die berechtigten Forderungen der im Staats- und Gemeindedienst stehenden Beamten, Angestellten und Arbeiter in vollem Umfange als Mindestforderungen zu vertreten. Er fordert darüber hinaus alle der Partei angehörenden Angestellten und Arbeiter auf, die gewerkschaftlichen Organisationen, insbesonderen deren Bürokratie vorwärts zu treiben, damit der Kampf gegen Brotwucher und Steuerbetrug, begangen am Proletariat durch Regierung und Kapitalistenklasse, gemeinsam mit den zum Kampfe entschlossenen Staatsbediensteten vom gesamten Proletariat aufgenommen und zum Siege geführt wird.

7. **Resolution über die Lage Sowjetrußlands und die Hilfsaktion.**

Der Parteitag der KPD. sendet seine heißen brüderlichen Grüße den kämpfenden und leidenden russischen Arbeitern und Bauern. Seit das russische Proletariat durch die heroische Tat der Oktoberevolution die erste Bresche in den Wall des Weltimperialismus geschlagen hat und unter Führung der RKP. an den Ausbau und die Festigung der proletarischen Rätemacht gegangen ist, ist Sowjetrußland als erste Zitadelle des siegreichen Proletariats zum Mittelpunkt der steigenden revolutionären Welle des Weltproletariats geworden.

Der Parteitag schließt sich einstimmig dem Votum des Dritten Weltkongresses der KJ. an, der nach eingehender Debatte die Politik der RKP. in der Stellung zum Bauerntum, zu den Konzessionen und der Frage des Staatskapitalismus gebilligt hat.

Nach jahrelangem, siegreichem Widerstand gegen die konterrevolutionäre Invasion des Ententeimperialismus ist Sowjetrußland aufs neue durch die furchtbare Naturkatastrophe dieses Sommers bedroht.

Wieder glaubt der auswärtige Imperialismus im Bunde mit der russischen Gegenrevolution seine Stunde gekommen.

Der Parteitag der KPD. wendet sich an das ganze deutsche Proletariat mit der Aufforderung, durch brüderliche Solidarität mit den hungernden russischen Arbeitern und Bauern diese Pläne zu verhindern.

Die Unterstützung der russischen Brüder ist für das deutsche Proletariat nicht eine Pflicht allgemeiner Menschlichkeit, sie ist ein Akt in dem Kampfe der deutschen Arbeiterklasse um ihre eigene Befreiung.

Der Parteitag macht es allen Parteigenossen zur Pflicht, unermüdlich alle Kräfte anzuspannen, damit durch eine wirkliche Hilfe des Proletariats die Not der hungernden Arbeiter und Bauern gelindert und jeder Versuch eines Kampfes gegen Sowjetrußland verhindert wird.

Der Parteitag brandmarkt das Verhalten der Gewerkschaften und sozialdemokratischen Parteien, die bisher durch ihre zentralen Leitungen eine gemeinsame Aktion des gesamten Proletariats systematisch verhindert haben, und die die Hilfsaktion der deutschen Arbeiterklasse in eine Intervention zur Wiederherstellung des bürgerlich-demokratischen Regims, das heißt in Wahrheit der Herrschaft der russischen Junker und Kapitalisten verfälschen wollen. Der Parteitag fordert die Genossen auf, überall diesen Versuchen entgegenzutreten und die gesamte Arbeiterklasse zur aktiven Unterstützung Sowjetrußlands aufzurütteln.

Es lebe das Sowjetrußland der Arbeiter und Bauern!

Es lebe die internationale Solidarität des Proletariats!

8. Richtlinien für die Organisation der kommunistischen Arbeit in den Gewerkschaften.

I. Das Verhältnis der Gewerkschaftsfraktion zur Partei.

1. Die kommunistischen Gewerkschaftsfraktionen unterstehen in ihrer ganzen Tätigkeit den Parteiorganen. Diese haben jederzeit das Recht und die Pflicht, die Tätigkeit der Fraktionen zu kontrollieren, bestimmte Anweisungen zu geben, Beschlüsse aufzuheben oder zu korrigieren, nötigenfalls Funktionäre abzuberufen und unter Umständen selbständig Fraktionsversammlungen zu veranstalten. Jede Fraktion ist als Ganzes genau so streng an die Parteidisziplin gebunden wie jedes einzelne Parteimitglied. Um ein gedeihliches und reibungsloses Wirken unserer Parteigenossen in den Gewerkschaften zu sichern, und um den objektiven Gefahren entgegenzuwirken, die sich durch eine allmähliche Herausbildung einer Arbeitsteilung ergeben, sind alle Parteigenossen verpflichtet, in der Partei und in den Gewerkschaften zu arbeiten.

Damit noch deutlicher als bisher zum Ausdruck kommt, daß die kommunistischen Gewerkschaftsfunktionäre der Gesamtpartei untergeordnet sind, tritt an Stelle des bisher gebräuchlichen Namens „Reichsgewerkschaftszentrale" in Zukunft folgende Namenbezeichnung: Gewerkschaftsabteilung der KPD. Ebenso erhalten alle örtlichen Vorstände der kommunistischen Gesamtfraktionen den Namen: Gewerkschaftsabteilung.

2. Alle Parteimitglieder sind anzuhalten, sich gewerkschaftlich zu organisieren und in ihren Organisationen im Sinne der kommunistischen Grundsätze zu wirken. Funktionäre der Partei können nur solche Mitglieder werden, die gewerkschaftlich organisiert sind. Ausgenommen sind nur solche Mitglieder, für die eine Berufsorganisation nicht besteht und die wegen ihres Wirkens als Kommunisten aus den Gewerkschaften ausgeschlossen sind. Den nichtsozialistischen Gewerkschaften dürfen Parteigenossen nur mit ausdrücklicher Zustimmung der Bezirksleitung angehören und nur zu dem Zwecke, dort in einer den Verhältnissen angepaßten Form im Sinne des Kommunismus zu wirken. Parteimitglieder, die für den Austritt aus den Gewerkschaften Propaganda machen, verstoßen gegen grundlegende Parteibeschlüsse und sind aus der Partei auszuschließen.

II. Das Verhältnis zur übrigen Opposition.

Das Verhältnis zu den nicht der Kommunistischen Partei angehörenden, aber auf dem Boden der Roten Gewerkschaftsinternationale stehenden Arbeiten ist entsprechend der Beschlüsse des Dritten Weltkongresses der Kommunistischen Internationale und des Ersten Kongresses der Roten Gewerkschaftsinternationale zu regeln. Obgleich sich infolge der unehrlichen Agitation der Gewerkschaftsbürokratie der aktive Teil der Gewerkschaftsmitglieder mehr und mehr sammelt unter den gegensätzlichen Polen: Moskau oder Amsterdam, existiert in einer ganzen Reihe von Verbänden neben der kommunistischen eine mehr oder weniger deutlich abgegrenzte, mehr oder weniger unklare Opposition. Es ist von der größten Wichtigkeit, daß die Kommunisten mit dieser Opposition in Fühlung kommen, sie bei allen Gelegenheiten mitreißen und sie nach und nach ganz von ihren Illusionen und Schwächen befreien. Die Fraktion, die natürlich unter sich zu allen Fragen Stellung nehmen und unter Wahrung der strengsten Disziplin ihre Taktik festlegen

muß, hat darüber hinaus die Pflicht, bei jeder sich bietenden Gelegenheit mit den nicht zur Kommunistischen Partei gehörenden oppositionellen Elementen Sitzungen und Versammlungen abzuhalten, um bei wichtigen Anlässen ein gemeinsames und geschlossenes Auftreten zu ermöglichen. Das kommt besonders bei Differenzen im Betrieb, in den Gewerkschaften, bei den Lohnbewegungen, bei der Wahl von Betriebsräten, Mitgliedern in die örtliche Ortsverwaltung, bei der Zusammensetzung des Kartells, des Kartellvorstandes, der Delegierten zu Generalversammlungen und internationalen Kongressen in Betracht. Bei allen notwendigen Auseinandersetzungen mit der Opposition müssen gegenüber den sachlichen, das gemeinsame Klasseninteresse berührenden Angelegenheiten die persönlichen und organisatorischen Fragen in den Hintergrund treten.

III. Das Verhältnis zu besonderen Gewerkschaftssektionen und die Agitation unter den Frauen.

Die Gewerkschaften sind vielfach dazu übergegangen, die einzelnen Branchen, die Jugendlichen und Lehrlinge, die Taubstummen usw. in besonderen Fraktionen zusammenzufassen. Neben den allgemeinen Betriebs- und Mitgliederversammlungen finden besondere Zusammenkünfte der Frauen und der Kriegsbeschädigten statt. Die kommunistischen Gewerkschaftsfunktionäre haben mit diesen besonderen Einrichtungen engste Verbindnug aufrecht zu erhalten und dafür zu sorgen, daß auch innerhalb dieser gesonderten Gruppen kommunistische Fraktionen gebildet werden. Die Fraktionen der KPD. können nur nach gründlicher Aussprache und in Uebereinstimmung mit Mitgliedern der Kommunistischen Jugend Deutschlands, die zur Erfassung und Revolutionierung der gewerkschaftlich Organisierten notwendigen Maßnahmen treffen. In allen Betrieben und Gewerkschaften, wo Frauen arbeiten bezw. als Mitglieder vertreten sind, muß anknüpfend an die Lebensbedürfnisse der Arbeiterinnen von unseren Genossen eine planmäßige Propaganda betrieben werden, diese Arbeit zu leiten, sich Helferinnen aus dem Betrieb heranzuziehen und zu schulen. Unsere Genossen müssen darauf drängen, daß in den Fraktionen die Frauen zur Mitarbeit herangezogen, ihr Klasseninteresse geweckt, ihr Solidaritätsgefühl gepflegt werden. Die Veranstaltung von gewerkschaftlichen Frauenkonferenzen zur Schulung der Arbeiterinnen, die Beschickung aller Konferenzen und Kongresse der Gewerkschaften durch Arbeiterinnen muß von unseren Gewerkschaftsgenossen angeregt, propagiert und durchgeführt werden, damit aus der Mitte der Arbeiterinnen selbst tüchtige und geschulte Frauen die Sache des Proletariats führen lernen, die Kampffront des Proletariats wirksam verstärken. Diesem Zweck dient auch die regste Verbreitung der „Kommunistin", und der Frauenbroschüren, Flugblätter usw. in den Betrieben und Gewerkschaften.

IV. Was geschieht mit den Ausgeschlossenen?

Wo trotz aller Bemühungen unserer Genossen, den organisatorischen Streitfragen aus dem Wege zu gehen und die Einigkeit aufrecht zu erhalten, ein Hauptvorstand durch diktatorische Maßnahmen ganze Ortsgruppen ausschließt, haben die Ausgeschlossenen klar und deutlich zu erklären, daß sie sich nach wie vor als zugehörig zur Gesamtorganisation betrachten und entschlossen sind, die Organisation in der bisherigen Weise weiterzuleiten. In jedem Fall ist an die Kontrollinstanzen und

in letzter Linie an den Verbandstag zu appellieren. Die ausgeschlossenen Ortsvereine und Einzelmitglieder der Gewerkschaften halten durch die Bezirksfraktion und die Gewerkschaftsabteilung bei der Zentrale der KPD. ihre Verbindung untereinander aufrecht. Sie sind verpflichtet, unter allen Umständen nach wie vor in innigster Verbindung mit den Fraktionen der zugehörigen gewerkschaftlichen Organisationen für die Revolutionierung und Eroberung derselben zu arbeiten. Die Gewaltakte der Hauptvorstände, die erfahrungsgemäß sehr vielen Arbeitern das konterrevolutionäre Wesen der Gewerkschaftsbürokratie enthüllen, müssen in objektiver Weise der Arbeiterschaft des ganzen Reiches bekannt gemacht und agitatorisch ausgenützt werden. Die Fraktionen sind verpflichtet, die ausgeschiedenen Mitglieder zur regsten Mitarbeit heranzuziehen.

V. „Kommunistischer Gewerkschafter".

Die Verbreitung des „Kommunistischen Gewerkschafter" ist für unsere Arbeit von größter Bedeutung. Der „Kommunistische Gewerkschafter" muß in jeder Fabrik, in jeder Werkstatt, auf den Gruben und Baustellen, in jeder Versammlung, bei Demonstrationen, kurzum überall, wo Proletarier versammelt sind, planmäßig vertrieben werden. In jedem Ort hat die Gewerkschaftsabteilung aus ihrer Mitte einen Genossen zu bestimmen, der Propaganda und Vertrieb des „Kommunistischen Gewerkschafter" zu organisieren und zu überwachen hat. Er ist auch für pünktliche Abrechnung verantwortlich. In größeren Orten muß dieselbe Regelung von jedem Fraktionsvorstand der einzelnen Verbände getroffen werden. Ueber Ereignisse von mehr als lokaler Bedeutung muß rasch und zuverlässig an die Redaktion des „Kommunistischen Gewerkschafter" berichtet werden.

VI. Aufbau der kommunistischen Gewerkschaftsfraktionen.

a) Betrieb und Ort.

1. Der Aufbau der Fraktion beginnt im Betrieb und am Ort. Die Kommunisten in Betrieben, Baustellen, Kontoren usw. und in den einzelnen Verbänden schließen sich zu Fraktionen zusammen. Die Bildung von Fraktionen und deren Unterstützung mit Rat und Tat ist Sache der örtlichen Parteileitung, die mindestens eines ihrer Mitglieder mit der Organisierung und Ueberwachung der kommunistischen Gewerkschaftsarbeit in den Betrieben und in den Verbänden zu beauftragen hat. Im Einvernehmen mit der örtlichen Parteileitung wird für jede Betriebs- und Verbandsfraktion eine aus drei bis sieben Personen bestehende Leitung eingesetzt.

b) Oertliche Arbeitsausschüsse.

2. Zur Erledigung der gemeinsamen Aufgaben der kommunistischen Gewerkschaftsfraktionen am Ort setzt die örtliche Parteileitung aus den Vorständen der Verbands- und Betriebsfraktionen einen Arbeitsausschuß zusammen.

3. Mindestens ein Mitglied der Parteileitung muß Mitglied dieses Ausschusses sein.

4. In solchen Betrieben und Zahlstellen, bezw. Ortsverwaltungsbezirken der einzelnen Verbände, wo die zur Bildung von Fraktionen

erforderlichen Parteigenossen nicht vorhanden sind, müssen Vertrauenspersonen eingesetzt werden.

c) Kommunistische Bezirksfraktionen.

5. In jedem Bezirk muß die Bezirksleitung die örtlichen Fraktionen der einzelnen Verbände zu einer Bezirksfraktion zusammenfassen. (Beispiel: Bezirksfraktion der kommunistischen Holzarbeiter.) Sie setzt an die Spitze jeder Bezirksfraktion eine verantwortliche Leitung, die nach Bedarf Bezirkskonferenzen veranstaltet.

6. Die Leiter der einzelnen kommunistischen Bezirksfraktionen bilden die gewerkschaftliche Bezirksleitung.

7. Die gewerkschaftliche Bezirksleitung macht den Bezirksleitungen der Partei geeignete Vorschläge für den geschäftsführenden Ausschuß. An dessen Spitze muß in jedem Bezirk ein verantwortliches Mitglied der Bezirksleitung stehen, das nach Möglichkeit für diese Arbeit freizustellen ist.

d) Bezirkskonferenz.

8. Die Bezirkskonferenz setzt sich zusammen aus der Bezirksleitung und den Delegierten der örtlichen Fraktionen. Diese Bezirksleitung wird bei wichtigen Anlässen (Kampagnen gewerkschaftlicher oder politischer Art) von der Parteileitung des Bezirks gemeinsam mit dem geschäftsführenden Ausschuß der gewerkschaftlichen Bezirksleitung einberufen.

e) Reichsfraktionen und Industriegruppen.

9. Die Leitungen der Bezirksfraktionen eines jeden Verbandes bilden die Reichsfraktionen.

10. Die zu einer Industriegruppe gehörenden Verbandsfraktionen werden zu Industriegruppen zusammengelegt. Die Gewerkschaftsabteilung der Parteizentrale setzt für das Reich verantwortliche Industriegruppenleiter ein.

f) Beirat der Gewerkschaftsabteilung der KPD. für das Reich.

11. Der Beirat für die Gewerkschaftsabteilung der KPD. wird gebildet aus den verantwortlichen Leitern der kommunistischen Gewerkschaftsarbeit der Bezirke und den Industriegruppenleitern.

g) Gewerkschaftsabteilung der KPD.

12. Die Gewerkschaftsabteilung setzt sich aus vier Mitgliedern zusammen, die von der Zentrale bestimmt werden.

h) Die Reichskonferenz.

13. Die Reichskonferenzen der kommunistischen Gewerkschaftsfunktionäre, die in der Regel im Anschluß an den Parteitag stattfinden sollen, werden von der Gewerkschaftsabteilung im Auftrage der Parteizentrale einberufen.

14. An der Reichskonferenz nehmen außer den Vertretern der Zentrale teil:

1. Die Gewerkschaftsabteilung;
2. die zur Reichskonferenz aus den Bezirken gewählten Vertreter;
3. der Beirat der Gewerkschaftsabteilung.

15. Die Vertreter der Bezirksfraktionen zur Reichskonferenz werden nach den jeweils herausgegebenen Bestimmungen in den Bezirken gewählt.

9. Schaffung eines gewerkschaftlichen Kampffonds.

Die Gewerkschaftsabteilung der KPD. wird beauftragt, entsprechend den Beschlüssen des Ersten Weltkongresses der Roten Gewerkschaftsinternationale einen Kampffonds zu schaffen, der es ermöglicht, die Aufgaben zu erfüllen, die der Rote Gewerkschaftskongreß gestellt hat.

10. Zur Erwerbslosenfrage.

1. Es muß unumwunden zugegeben werden, daß die KPD. in der Arbeitslosenbewegung nicht alle die Ziele erreicht hat, die sie sich auf dem Vereinigungsparteitag gesteckt hat. Es ist dies wohl hauptsächlich darauf zurückzuführen, daß die noch im Aufbau begriffene Partei vorzeitig in schwere Kämpfe verwickelt worden ist. Hinzu kommt aber, daß noch nicht alle Parteigenossen trotz der eindringlichen Rede auf dem Vereinigungsparteitag von der ungeheuren Bedeutung der Arbeitslosenfrage durchdrungen sind. Die Arbeit in der Arbeitslosenbewegung ist infolgedessen nicht systematisch und energisch genug von den einzelnen Bezirksorganisationen durchgeführt worden. Die Lösung der Arbeitslosenfrage im Sinne der Herstellung der Einheitsfront zwischen Arbeitslosen und Arbeitenden zum gemeinsamen Kampf für die Aufrechterhaltung und Verbesserung ihres Lebensunterhaltes muß von der KPD. als der einzig revolutionären Partei unbedingt durchgeführt werden. Welche Verantwortung bei der Lösung dieser Lebensfrage für die gesamte deutsche Arbeiterschaft auf der KPD. lastet, geht daraus hervor, daß erstens SPD. und USPD. als offene oder verkappte Regierungspartei die Interessen der Arbeitslosen hinter die Bedürfnisse des Staates und der Staatsverwaltung zurückstellte: daß beide Parteien trotz ihres großen Einigungsrummels die wirkliche Einigung des Proletariats nicht wollen und durch ihr System der gewerkschaftlichen Vertrauensleute einen Keil zwischen die organisierten und unorganisierten Arbeitslosen treiben, zweitens, daß die KAPD. durch ihre jetzt auch unter den Arbeitslosen betriebene antibolschewistische Propaganda die Arbeitslosenbewegung in ein anarchistisches, utopistisches Fahrwasser bringt, die in ihrer Auswirkung direkt konterrevolutionär wirkt; daß sie weiterhin durch ihre Propaganda der Aktionsausschüsse ihre Parole: Heraus aus den Gewerkschaften! und ihre Hetze gegen die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter ebenfalls einen Keil zwischen die organisierten und unorganisierten Arbeitslosen treibt.

2. Aus all diesen Gründen muß die KPD. intensiver und tatkräftiger innerhalb der Arbeitslosenbewegung arbeiten. Es muß überall unbedingt die Fraktionsbildung der kommunistischen Arbeitslosen durchgeführt werden. Diese kommunistischen Fraktionen haben in engem Einvernehmen und mit tatkräftiger Unterstützung der Parteiorganisationen dafür einzutreten, daß überall alle Arbeitslosen, organisierte wie nichtorganisierte, sich ihre eigenen Vertreter in Gestalt von Erwerbslosenräten wählen. Die Partei hat dann sofort mit allen Erwerbslosenräten, den örtlichen wie den zentralen, in Verbindung

zu treten, und die von den Erwerbslosenräten aufgestellten Forderungen und die von diesen eingeleiteten Maßnahmen zur Durchführung dieser Forderungen auf das energischste zu unterstützen und überall zu vertreten.

11. Resolution zur Frage der Doppelexistenz.

1. Bei ihren Versuchen, die für die Weiterexistenz des Kapitalismus kritische Periode der politischen und wirtschaftlichen Erschütterungen der Nachkriegszeit zu überwinden, hat die herrschende Klasse ein dringendes Interesse daran, die Gärung in den Massen der Arbeiterschaft gegen sie abzudämpfen und im Gegenteil die Arbeiterklasse für die Unterstützung ihrer Zwecke gefügig zu machen. Eines ihrer Mittel hierfür ist die Gewinnung des Einverständnisses der Arbeiterschaft mit den vom Profitinteresse des Unternehmertums diktierten Betriebseinschränkungen. Dies versucht sie durch die Heranziehung der Betriebsräte und Gewerkschaften zur Mitwirkung bei den Entlassungen zu erreichen.

2. Der Parteitag der KPD. stellt fest, daß nicht nur jede Zustimmung zu Entlassungen, sondern auch jede Mitwirkung der Arbeitervertreter bei der Auswahl der zur Entlassung kommenden eine Arbeitsgemeinschaft mit dem Unternehmertum ist, welche eine Abweichung von der Linie des revolutionären Klassenkampfes der Arbeiterschaft gegen das Kapital und objektiv eine Unterstützung des Unternehmertums bei seinen Konsolidierungsversuchen bedeutet. Jeder Versuch der Arbeiter, die durch die Schranken der kapitalistischen Produktionsweise und die Produktionssabotage der Unternehmer begrenzte Arbeitsmöglichkeit zu rationieren, bedeutet einen Verzicht auf die Vertretung der Lebensinteressen des Proletariats, die zur Bedürfnisbefriedigung der Massen eine Steigerung der Produktion erfordern, ohne dabei auf das Profitinteresse des Unternehmertums Rücksicht zu nehmen.

3. Die Mitwirkung der Arbeiter bei Entlassungen unter der Form der Ausschaltung der sogenannten Doppelexistenz steht im Widerspruch zu der Aufgabe der Arbeiterschaft, die Kräfte des Proletariats im Kampfe für diese seine Lebensinteressen zusammenzufassen. Sie bewirkt eine Abwälzung der wirtschaftlichen Lasten der Arbeitslosigkeit vom Unternehmertum und dem Staat auf die Schultern des Proletariats. Sie bewirkt, daß die politische Verantwortung für das aus der Arbeitslosigkeit für die Arbeiterschaft entspringende Elend vom Unternehmertum auf die Arbeiterschaft abgeschoben wird. Sie wendet dadurch einen Teil der Arbeiterklasse gegen den anderen, spaltet die Klassensolidarität und schwächt so die Stoßkraft der Arbeiterklasse gegen das Kapital. Sie verschleiert letzten Endes das durch die Krise und die Wiederaufbauversuche des Kapitals verhängte Elend und führt zu einer Anpassung der Arbeiterschaft an das bestehende kapitalistische System und seine Folgen.

4. Die Ausschaltung der sogenannten Doppelexistenz durch das Kapital ist ein neuer Beweis für den Widersinn der kapitalistischen Wirtschaft, da sie zu einer Zeit erfolgt, wo die Bedürfnisse der Massen durch die Vernichtungen des Krieges und der Krise ins Unermeßliche gestiegen sind. Das Geschrei des Unternehmertums von der Doppelexistenz erweist sich somit als Heuchelei und Verhöhnung der Arbeiter=

klasse. Angesichts der Tatsache, daß selbst die vollarbeitenden, bestgestellten Arbeiter in ihrem Verdienst hinter dem Existenzminimum zurückbleiben, angesichts der Tatsache, daß Millionen von Jugendlichen und von verheirateten Frauen mit einem sogenannten Ernährer nur um ihrer nackten Existenz willen Erwerbsarbeit übernehmen mußten und müssen.

5. Der Parteitag erklärt, daß der Versuch der Herausdrängung speziell der verheirateten Frau aus den Betrieben den Interessen der Arbeiterklasse widerspricht. Indem er der Arbeiterschaft erneut ins Gedächtnis ruft, daß die Eingliederung der Frau in den gesellschaftlichen Produktionsprozeß eine Steigerung der Produktivkräfte und damit einen ungeheuren gesellschaftlichen Fortschritt bedeutet, bezeichnet er als Aufgabe der Arbeiterschaft, nicht der Ausdehnung der Frauenarbeit hemmend entgegenzutreten, sondern vielmehr den Klassenkampf darauf zu konzentrieren, die kapitalistische Form der gesellschaftlichen Frauenarbeit zu überwinden und damit die notwendigen Vorarbeiten für den künftigen Aufbau einer kommunistischen Wirtschaftsordnung zu leisten, welche auf die rationellste Ausnutzung der Frauenarbeit im Interesse einer vollständigeren Bedürfnisbefriedigung der werktätigen Massen angewiesen sein wird. Zur Erreichung dieses Zieles gehört der entschiedenste Kampf der gesamten Arbeiterklasse für die Forderung des gleichen Lohnes bei gleichen Leistungen bei Mann und Frau, um eine Herabdrückung des allgemeinen Lohnniveaus der Arbeiterklasse durch niedrigere Frauenlöhne zu verhüten; das zäheste Ringen um weitgehenden Arbeiterinnen- und Mutterschutz und gesellschaftliche Fürsorge für das Kind, um dem Raubbau an der Kraft und Gesundheit der Arbeiterin entgegenzuwirken und den proletarischen Nachwuchs zu erhalten; vor allem aber die Aktivisierung der erwerbstätigen Frau zum Kampf für diese Ziele und ihre Eingliederung in die Klassenfront der Arbeiterschaft in Betrieben und Gewerkschaften.

6. Der Parteitag beschließt daher als Richtlinie für das Verhalten der Kommunisten in der Frage der Entlassung von Arbeitskräften:

Ablehnung jeder die Solidarität innerhalb der Arbeiterschaft schädigenden Mitwirkung der Arbeiterschaft bei den durch Betriebseinschränkung herbeigeführten Entlassungen und Solidarisierung der gesamten Arbeiter mit den zur Entlassung aufgestellten;

Kampf gegen jede Einschränkung der Betriebe, gegen alle neuen Entlassungen, für Wiedereinstellung aller bereits entlassenen Arbeitslosen;

Kampf für die Ausdehnung und Umstellung der Betriebe zur Herstellung des notwendigen Lebensbedarfes des Proletariats unter der Kontrolle der Arbeiterschaft.

Der Parteitag verlangt, daß die Reichskonferenz der in den Gewerkschaften tätigen Parteigenossen sich mit dieser Frage eingehend beschäftigt.

12. Zu den Vorgängen in Fünfkirchen (Ungarn).

Der Parteitag der KPD. verfolgt mit gespannter Aufmerksamkeit die Vorgänge in Fünfkirchen (Baranya) und sah den heroischen Willen des dortigen Proletariats, den Kampf aufzunehmen gegen den ungarischen Horthy-Terror.

Der Einmarsch der Gendarmerie und Polizeitruppen Ungarns in Fünfkirchen zeigt mit Deutlichkeit, daß der Kampf der Arbeiterschaft nicht sein darf ein Flehen und Appellieren an die siegreiche Ententebourgeoisie.

Nur der eigene geschlossene Kampf der Arbeitermassen gemeinsam mit ihren internationalen Klassengenossen unter der klaren Parole des Sturzes der Bourgeoisie-Regierungen kann zum endgültigen Siege der Arbeiterschaft führen.

Das jugoslawische sowie das ungarische Proletariat steht unter schwerstem Druck der weißen Henkerregierung ihrer Länder.

Der Parteitag der KPD. verfolgt mit wärmstem Anteil die Leiden und Kämpfe der ungarischen wie der jugoslawischen Arbeiterklasse und ist fest davon überzeugt, daß auch in diesen Ländern die Tage der Bourgeoisie gezählt sein werden.

Es lebe das ungarische und jugoslawische Proletariat!

Es lebe der Kampf gegen den Terror der Bourgeoisie! Es lebe die kommunistische Revolution!

13. Organisationssatzungen.

Mitgliedschaft.

§ 1.

Die Kommunistische Partei Deutschlands ist eine Sektion der Kommunistischen Internationale.

Mitglied der Partei kann jede Person werden, die Programm, Satzungen und die Beschlüsse der Partei und der Kommunistischen Internationale als für sich bindend anerkennt, an der täglichen Parteiarbeit teilnimmt, regelmäßig die Parteibeiträge zahlt, die Parteizeitung abonniert und für sie wirbt.

Aufbau der Partei.

§ 2.

Die Kommunistische Fraktion Deutschlands baut ihre Organisationen nach Wirtschaftsbezirken und entsprechend dem Prinzip des demokratischen Zentralismus auf.

Die Grundlagen der Organisationen bildet die Ortsgruppe, die sich in größeren Städten in Distrikten gliedert.

Die höchste Instanz der Ortsgruppe ist die allgemeine Mitgliederversammlung, die mindestens einmal monatlich stattfinden muß. An die Stelle der allgemeinen Mitgliederversammlung treten in größeren Städten Vertreterversammlungen.

Die Ortsgruppe untersteht der Bezirksleitung und dem Bezirkstag. Die Bezirksorganisationen unterstehen der Zentrale. Die höchste Instanz und gleichzeitig die Kontrolle der Zentrale ist der Parteitag, der durch den Zentralausschuß vertreten werden kann.

Die Partei untersteht als Sektion der Kommunistischen Internationale, deren Exekutive und dem Weltkongreß.

Zehnergruppen und Fraktionen.

§ 3.

Die Grundlage für die Parteiarbeit in den Ortsgruppen bilden die Zehnergruppen und Fraktionen.

Je 10 Mitglieder schließen sich nach ihrem Wohnsitz zu Zehnergruppen zusammen. Jede dieser Gruppen wählt einen Zehnerführer, der für die gesamte Tätigkeit seiner Gruppe verantwortlich ist.

Die Zehnergruppen arbeiten nach einheitlichen Richtlinien und unter der Kontrolle der zuständigen Parteiorganisation für die Ausbreitung der kommunistischen Bewegung am Orte und seiner Umgebung.

In den Betrieben und in allen Körperschaften, in denen die Partei die Arbeit der Kommunisten für notwendig hält, insbesondere in den Gewerkschaften, Betriebsräten, Genossenschaften usw., haben sich die Parteimitglieder zu Fraktionen zusammenzuschließen und dort einheitlich nach den Richtlinien und unter der Kontrolle der Parteiorganisationen, unter den Arbeitern der Betriebe und den Mitgliedern der genannten Körperschaften für die kommunistische Bewegung zu wirken. Die zu kommunistischen Fraktionen vereinigten Parteimitglieder wählen sich eine Fraktionsleitung, die für die Arbeiten der Fraktion verantwortlich und jederzeit abberufbar ist.

Ortsgruppenleitung.

§ 4.

Zur Erledigung der politischen und organisatorischen Aufgaben der Ortsgruppe wird ein Vertrauensmännerkörper gebildet, der aus den Vorständen der Betriebsfraktionen und den Zehnergruppenführern besteht. Außerdem gehört zum Vertrauensmännerkörper die von der Mitglieder- und Vertreterversammlung zu wählende Leiterin der Frauen-Agitationskommission. Ferner delegieren in den Vertrauensmännerkörper die Kommunistische Fraktion der Betriebsräte, der Gewerkschaften, der Konsumgenossenschaften und der Gemeindeparlamente sowie die Jugendorganisation ihre Vertreter.

§ 5.

Zur Leitung der Ortsgruppe wählt die Mitglieder- oder Vertreterversammlung nach den Vorschlägen des Vertrauensmännerkörpers einen Vorstand, dessen Mitglieder die Parteiarbeit des Ortes und seiner Umgebung verantwortlich zu führen haben. Im Vorstand haben ferner Sitz und Stimme die Leiterin der Frauen-Agitationskommission und ein Vertreter der Jugendorganisation.

Bezirke.

§ 6.

Organe der Bezirke sind der Bezirkstag und die Bezirksleitung. Die höchste Instanz des Bezirkes ist der Bezirkstag, der nach Bedarf zusammentritt. Der Bezirkstag setzt sich zusammen aus den Delegierten der Ortsgruppen, die entsprechend der nachgewiesenen Mitgliederstärke die ihnen zustehenden Delegierten in Mitglieder- oder Vertreterversammlungen wählen. Nur die gewählten Delegierten sind stimmberechtigt. Der Bezirkstag setzt für die organisatorischen Angelegenheiten des Bezirks eigene Satzungen fest, die der Genehmigung der Zentrale unterliegen, er wählt die Bezirksleitung, deren Mitglieder die politische und organisatorische Leitung des Bezirks verantwortlich auszuüben haben. Die Beschlüsse des Bezirkstags sind für alle Mitglieder des Bezirks bindend.

In der Bezirksleitung haben Sitz und Stimme die Leiterin der Frauen-Agitationskommission und ein Vertreter der Jugendorganisation.

Zentrale.

§ 7.

Der Parteitag wählt zur politischen und organisatorischen Leitung der Partei und zur Kontrolle sämtlicher Organe und Funktionäre eine Zentrale aus gleichberechtigten Mitgliedern, deren Zahl vom Parteitag festgesetzt wird. Unter den Mitgliedern muß eine Genossin sein, die die Frauenagitation im Reiche verantwortlich zu leiten hat. Ferner gehört zur Zentrale ein von der Jugendzentrale gewählter Vertreter der Jugendbewegung.

Die Zentrale wählt aus ihrer Mitte ein Organisationsbüro und ein politisches Büro.

Parteitag.

§ 8.

Der Parteitag ist die höchste Instanz der Partei, er entscheidet über Programm, Satzungen und die internationalen Verbindungen der Partei, sowie über alle grundsätzlichen und taktischen Fragen. Seine Beschlüsse sind für jedes Parteimitglied bindend Der Parteitag tritt nach Bedarf, mindestens aber einmal im Jahre, zusammen. Der Parteitag soll nicht mehr als 300 Delegierte umfassen. Die Zahl der auf die einzelnen Bezirke entfallenden Delegierten wird von der Zentrale nach den am vorletzten Vierteljahresabschluß vorhandenen Mitgliedern, für die Beiträge gezahlt und an die Zentrale anteilig abgeführt worden sind, festgesetzt. Jedem Bezirk steht mindestens ein Delegierter zu. Die Wahlen zum Parteitag erfolgen in den Mitglieder- oder Vertreterversammlungen der Orte, die je nach der Zahl der im Bezirk zu wählenden Delegierten zu Wahlgruppen zusammengelegt werden können.

Auf dem Parteitag haben Stimmrecht nur die gewählten Delegierten. Mit beratender Stimme nehmen am Parteitag teil: die Mitglieder der Zentrale, des Zentralausschusses, der Revisionskommission, der Vorstand der Reichstagsfraktion, die Parteitagsreferenten, die geladenen Gäste und drei Vertreter der Jugendzentrale.

Zentralausschuß.

§ 9.

Zur Erledigung wichtiger Angelegenheiten und Kontrolle der Zentrale wird vom Parteitag ein Zentralausschuß gewählt, zu dem die Mitglieder von den Bezirkstagen vorgeschlagen werden. Die Bezirkstage haben das Rückberufungsrecht. Der neue Vorschlag unterliegt der Bestätigung durch den Zentralausschuß. Den Bezirken bis zu 20 000 Mitgliedern steht ein Vertreter, den Bezirken über 20 000 Mitgliedern ein zweiter Vertreter, über 50 000 Mitgliedern ein dritter Vertreter zu. Für jeden Vertreter wird ein Ersatzmann gewählt, der in den Zentralausschuß eintritt, wenn der Vertreter ausscheidet.

Der Zentralausschuß tritt nach Bedarf, mindestens aber alle drei Monate zusammen. Er hat das Recht, Ergänzungswahlen für die Zentrale vorzunehmen und übt die Rechte des Parteitages aus, wenn dessen Einberufung aus politischen Gründen unmöglich ist.

Revisionskommission.

§ 10.

Für die Kontrolle der Kassenführung der Zentrale wählt der Parteitag eine aus fünf Mitgliedern bestehende Revisionskommission, die mindestens vierteljährlich einmal die Kassenführung der Zentrale zu prüfen hat. Ein Vertreter der Revisiionskommission hat Stimmrecht im Zentralausschuß.

Parlamentsfraktion.

§ 11.

Die Kommunistischen Fraktionen in parlamentarischen Körperschaften der Kommunen, Provinzen, Länder oder des Reiches sind der Parteiorganisation und deren Leitung verantwortlich, der die Kontrolle und der bestimmende Einfluß über diese Tätigkeit zusteht. Bei Differenzen ist eine Entscheidung der Zentrale oder des Zentralausschusses bis zum Zusammentritt des Parteitages für die Parlamentsmitglieder bindend.

Die in den Parlamenten tätigen Genossen können jederzeit von der Zentrale oder dem Zentralausschuß zurückberufen werden. Für die in den Gemeindeparlamenten und Kreistagen tätigen Genossen hat die Bezirksleitung das Rückberufungsrecht. Die Genossen haben vor ihrer Wahl eine Blankovollmacht für die Mandatsniederlegung zu unterschreiben und sie der Zentrale oder der Bezirksleitung auszuhändigen.

Beiträge.

§ 12.

Der Parteitag beschließt einen Mindestbeitrag, zu denen die Bezirke und die Ortsgruppen Zuschläge erheben können, die von der Bezirksleitung genehmigt werden müssen. An die Zentrale sind von der Bezirksleitung 30 Prozent des vom Parteitag festgesetzten Mindestbeitrags abzuführen. Die übrige Verteilung der Beiträge zwischen Bezirksleitung und Ortsgruppen bestimmt der Bezirkstag. Die Abrechnung hat monatlich zu erfolgen.

Angestellte der Partei.

§ 13.

Die Anstellung der Bezirkssekretäre, Redakteure, Agitatoren und Geschäftsführer kann nur im Einverständnis mit der Zentrale erfolgen. Die Anstellung von Sekretären und Hilfskräften in den Ortsgruppen unterliegt der Genehmigung der Bezirksleitung. Sämtliche Angestellte können jederzeit von ihrem Posten abberufen werden. Bei allen Anstellungen hat die Zentrale das Einspruchsrecht, bei Differenzen entscheidet der Zentralausschuß.

Presse.

§ 14.

Die gesamte politische und taktische Haltung der Parteipresse untersteht der Kontrolle der Zentrale. Alle Aufrufe und sonstigen Veröffentlichungen der Zentrale sind von allen Parteizeitungen aufzunehmen.

Parteidisziplin.

§ 15.

Die Kommunistische Partei Deutschlands ist eine zentralistische Parteiorganisation, die auf straffe Disziplin in ihren eigenen Reihen zu achten hat. Die Beschlüsse der Organisationen und ihrer Leitungen müssen unbedingt durchgeführt werden. Die Möglichkeit der Berufung gegen solche Beschlüsse ist innerhalb jeder Organisation gegeben.

Gegen Mitglieder, die gegen Programm, Satzungen, Beschlüsse und Disziplin verstoßen, kann erkannt werden:

1. auf Erteilung einer Rüge,
2. auf zeitweilige Aberkennung von Parteifunktionen,
3. auf Ausschluß aus der Partei.

Dahingehende Anträge sind an die zuständigen Bezirksleitungen zu richten, die die Entscheidung darüber zu fällen hat. Wird gegen die Entscheidung nicht innerhalb von zwei Wochen Einspruch bei der Zentrale erhoben, so ist die Entscheidung endgültig. Wird rechtzeitig Einspruch bei der Zentrale erhoben, so hat diese ein Schiedsgericht von fünf Personen einzusetzen, von denen je zwei von dem Angeschuldigten und der Bezirksleitung und der Vorsitzende durch die Zentrale innerhalb zwei Wochen zu bestimmen sind. Die letzte Berufungsinstanz ist der Zentralausschuß.

Die Zentrale kann selbständig gegen Parteimitglieder die vorbenannten disziplinarischen Maßnahmen treffen, gegen die es nur eine Berufung an den Zentralausschuß gibt.

Die Wiederaufnahme eines Ausgeschlossenen kann nur erfolgen, wenn die Körperschaft, die den Ausschluß vollzogen hat, über die Wiederaufnahme gehört worden ist.

14. Zur Kräftigung der Parteiorganisation.

Die Erfüllung der gewaltigen Aufgaben, die der KPD. in der nächsten Zeit harren, erfordert von jedem Parteigenossen und von jeder Parteigenossin mehr als bisher, ihre ganze Kraft und Zeit einzusetzen für die Propaganda des Kommunismus und die Stärkung der Parteiorganisation. Neben der Arbeit zur Gewinnung von Parteimitgliedern und Abonnenten der Parteipresse verlangt der Parteitag von jedem Parteimitglied die größte finanzielle Opferwilligkeit für die Partei. Die Partei muß durch diese Steigerung der Opferwilligkeit in den Stand gesetzt werden, in kürzester Frist ihre Aufgabe ohne jede weitere finanzielle Unterstützung durch ausländische Bruderparteien zu erfüllen. Der gesamte Parteiapparat muß der finanziellen Leistungsfähigkeit der Partei angepaßt werden. Für die Schaffung neuer, wie für die Erhaltung der bestehenden Zeitungsunternehmungen müssen die dafür erforderlichen Mittel von den Parteigenossen des zuständigen Verbreitungsgebiets aufgebracht werden. Die bisherigen Zuschüsse der Zentrale an die Bezirke und die Zeitungsunternehmungen müssen in kürzester Frist völlig eingestellt werden. Inwieweit bei größeren Gesamtaktionen an die schwächeren Bezirke Zuschüsse von der Zentrale geleistet werden, hängt von dem Stand der Zentralkasse ab. Ihre Stärkung durch die Bezirksbeiträge ist deshalb eine wichtige Pflicht der Bezirke. Der Parteitag verlangt insbesondere von jeder Bezirksleitung, daß die Bezirksabrechnungen und die Abführung der beschlossenen Bezirksbeiträge unbedingt in den dafür festgesetzten Fristen zu erfolgen hat.

Der Parteitag erwartet, daß durch die Ausführung dieser Maßnahmen das Verantwortungsgefühl jedes einzelnen Parteimitgliedes für die Partei gehoben und auch damit die Kampffähigkeit der Partei gestärkt wird.

15. **Registrierung der Parteimitglieder.**

Der Parteitag beschließt die allgemeine Registrierung der Parteimitglieder und beauftragt die Zentrale mit der Durchführung derselben.

16. **Bezirkseinteilung.**

Der Parteitag beschließt die Zusammenlegung der Bezirke 18 Oestliches Westfalen, 19/20 Rheinland-Westfalen und aus ihnen zwei Bezirke: 18/19 Rheinland-Westfalen-Nord, und 20 Rheinland-Westfalen-Süd zu bilden.

17. **Mitgliedsbeitrag.**

Der monatliche Mindestbeitrag beträgt für männliche Mitglieder 1 Mark, für weibliche Mitglieder 50 Pfennig, für erwerbslose Mitglieder 50 Pfennig.

18. **Mitgliederzahl der Zentrale.**

Die Zentrale besteht aus 14 Mitgliedern.

19. **Funktionärzeitschrift.**

Die Zentrale der Partei wird beauftragt, sofort eine regelmäßig erscheinende Korrespondenz für die Funktionäre der Partei herauszugeben.

20. **Herausgabe der Schriften Rosa Luxemburgs.**

Die Zentrale der Partei wird beauftragt, sofort an die Herausgabe der Schriften Rosa Luxemburgs zu gehen. Insbesondere sind ihre Aufsätze in der „Neuen Zeit", die für die Entwicklung des kommunistischen Gedankens von grundlegender Bedeutung sind, sofort in billigen Ausgaben herauszugeben.

21. **Programmkommission.**

Der Parteitag setzt eine Programmkommission ein, die so schnell wie möglich den Mitgliedern einen Programmentwurf vorlegt.

22. **Zentralbildungssekretariat.**

Der Parteitag erkennt die Notwendigkeit der intensivsten Bildungsarbeit im Interesse der kommunistischen Ideen an und beschließt die Errichtung eines Zentralbildungssekretariats.

Das Zentralbildungssekretariat ist der Zentrale gegenüber für die gesamte Bildungsarbeit in der Partei verantwortlich.

23. **Zeitschriften.**

Es muß mit Energie darauf hingearbeitet werden, daß die vielen Zeitschriften, die jetzt im Parteiverlage erscheinen, konzentriert werden. Es ist nachzuprüfen, welche Zeitschriften überflüssig sind und welche zusammengelegt werden könnten. Die Zeitschriften sind auf das Nötigste zu beschränken.

24. **Druckaufträge.**

Um eine rationelle Ausnutzung der Parteidruckereien zu ermöglichen, beschließt der Parteitag, daß in Zukunft Druckaufträge der Partei nur noch in Parteidruckereien hergestellt werden dürfen.

bürgerlichen Unternehmen dürfen nur dann Druckaufträge übertragen werden, wenn die Parteidruckereien zu ihrer Ausführung nicht in der Lage sind.

25. **Kinderheilstätten.**

Da es infolge der Lohnknechtschaft und der Ausbeutung dem Proletariat nicht möglich ist, die Gesundheit seiner Kinder zu erhalten, so wird die Reichstagsfraktion aufgefordert, allen Bestrebungen der Regierung auf Schließung der Kinderheilstätten energisch entgegenzutreten.

26. **Reichskonferenz der kommunistischen Kommunalvertreter.**

Der Parteitag beschließt, daß die Zentrale innerhalb von zwei Monaten eine Reichskonferenz der Kommunalvertreter einzuberufen hat.

Die Delegation erfolgt durch die Bezirke, gemäß der Stärke, der in den Kommunen, Bezirksversammlungen, Reichs- und Provinzlandtagen tätigen Genossen. Die Delegationskosten tragen die Bezirke.

27. **Wahl der Zentrale.**

Ernst Meyer	Ernst Friesland
Wilhelm Pieck	August Thalheimer
Paul Böttcher	Bertha Braunthal
Fritz Heckert	Klara Zetkin
Hugo Eberlein	Hermann Remmele
Edwin Hörnle	Rosi Wolfstein
Jakob Walcher	Felix Schmidt

28. **Wahl der Revisionskommission.**

Fridolin Lautner-Hamm	Georg Schumann-Halle
Alfred Günther-Berlin	Hans Pfeiffer-Berlin
Hans v. Borstel-Hamburg	

29. **Wahl des Zentralausschusses und der Ersatzmitglieder.**

			Ersatzmitglieder
1.	Berlin-Brandenburg	Ruth Fischer	Adolf Maslow
		Otto Geschke	Hans Pfeiffer
2.	Lausitz	Konrad Sychalla	Erich Hausen
3.	Pommern	Wilhelm Obendick	Max Andree
4.	Ostpreußen	Martin Hoffmann	Kurt Zimmermann
5.	Danzig	Leo Klinge	Artur Raube
6.	Schlesien	Bernhard Kühl	Erich Gentsch
7.	Oberschlesien	Anton Jaddasch	Josef Smolka
8.	Ostsachsen	Bruno Schramm	Siegfried Rödel
9.	Erzgebirge-Vogtland	Robert Stewert	Max Bettermann
		August Borowski	Gustav Haubold
10.	Westsachsen	Max Strötzel	Willy Langrock
11.	Halle-Merseburg	Georg Schumann	H. Schmidt
		Reinhold Schönlank	Gustav Menzel
		Willi Sachse	Rudolf Heyer
12.	Magdeburg-Anhalt	Willi Wallstab	August Heisinger
13.	Thüringen	Otto Geithner	Josef Klose
		Alfred Bochert	Herwig
14.	Niedersachsen	Theodor Gohr	Karl Hehnen
15.	Mecklenburg	Herb. Mayenburg	Hans Fuchs

			Ersatzmitglieder
16.	Wasserkante	Ernst Thälmann Hugo Urbahns	Joh. Skellerupp Alois Schlichting
17.	Nordwest	Karl Jannack	Johs. Höcker
18/19.	Rheinl.-Westfalen-Nord	Eckard Adolf Scholz	Karl Lotz Karl Völker
20.	Rheinl.-Westfalen-Süd	Franken Beschen	Köring Donitra
21.	Mittelrhein	Peter Mieves Eugen Eppstein	Karl Hohnerkamp Joh. Helfgen
22.	Hessen-Waldeck	Ernst Wollweber	Hans Sippel
23.	Hessen-Frankfurt	Georg Zwilling	Fritz Meier
24.	Pfalz	Hans Weber	Peter Müller
25.	Baden	Jakob Ritter	Fritz Pescha
26.	Württemberg	Hans Tittel	Gustav Schreiber
27.	Nordbayern	Josef Steimer	Johann Meier
	Russische Sektion	Adolf Maslow	Kurt Prutkow

Die Vertreter von Oestliches Westfalen, Rheinland-Westfalen und Südbayern sollen nachträglich von den Bezirksparteitagen der Bezirke gewählt und vom Zentralausschuß bestätigt werden.

Dem Bezirk Mittelrhein wird ein Vertreter mehr zugestanden, als nach der Mitgliederzahl dem Bezirk zusteht. Dieser Vertreter soll aus dem Saargebiet entnommen werden.

30. Anstellung von Parteifunktionären.

Bei der Wahl von politischen und technischen Angestellten ist von der Parteikörperschaft mit der größten Sorgfalt zu verfahren. Insbesondere ist zu prüfen, ob die für die Wahl in Frage kommenden Bewerber durch ihre bisherige Parteitätigkeit eine ausreichende Gewähr für die gewissenhafte Erfüllung der zu übernehmenden Pflichten und der politischen Zuverlässigkeit bieten.

Der Parteitag erwartet von allen, insbesondere von den technischen Angestellten, daß sie unter allen Umständen das allgemeine Parteiinteresse ihren persönlichen Interessen voranstellen und sich in besonders hervorragendem Maße auch außerhalb ihrer beruflichen Tätigkeit an der Parteiarbeit ihres Bezirks oder ihrer Ortsgruppe beteiligen.

Die Regelung der Gehalts- und Lohnfrage hat zu erfolgen:

1. Bei den politischen Angestellten (Redakteuren, Sekretären, Geschäftsführern) nach den Grundsätzen, die vom Verein Arbeiterpresse für die in der Arbeiterbewegung tätigen Angestellten aufgestellt sind.

2. Bei den technischen Angestellten nach den Lohntarifen, wie sie von den in Frage kommenden Berufsverbänden festgesetzt sind. Auf die Tarife wird ein Zuschlag von 10 Prozent gezahlt.

Die Kündigungsfrist beträgt für alle Angestellten zwei Monate.

31. Ausschluß von Curt Geyer, Bernhard Düwell und Waldemar.

Der Parteitag schließt die Genossen Curt Geyer, Bernhard Düwell und Waldemar wegen schweren Disziplinbruchs aus der Partei aus und fordert Geyer und Düwell auf, ihre Reichstagsmandate sofort niederzulegen.

VI. Der Zentrale überwiesene Anträge.

A. Zur Berücksichtigung überwiesen:

1. Ortsgruppe Frankfurt a. M.:

Bei der Wichtigkeit des Problems der Revolutionierung der Frauen betrachtet die Frankfurter Organisation die plötzliche, auf-

fällige Sparpolitik der Zentrale gegenüber den Frauensekretariaten als einen großen Fehler, der schleunigst abzustellen ist.

2. **Unterbezirksgeneralversammlung Solingen:**

Der Parteitag wolle beschließen, daß alle Parteiorgane mehr wie bisher auf die Agitation unter den Frauen eingestellt werden.

3. **Bezirk Mittelrhein:**

Die Zentrale wird beauftragt, eine Kommission zu ernennen, die an Hand der „Akkumulation des Kapitals" von Rosa Luxemburg die gegenwärtige Wirtschaftskrise untersucht und in Broschürenform die Ergebnisse veröffentlicht.

4. **Bezirksparteitag Berlin-Brandenburg:**

In der Kommunalpolitik der ländlichen Kreise hat sich herausgestellt, daß über die Aufgaben der Kommunisten in den kommunalen Parlamenten große Unklarheiten bestehen. Es hat sich gezeigt, daß in dieser Frage eine gänzlich falsche oder ungenügende Einstellung besteht. Es muß deshalb so schnell wie möglich an eine Zusammenfassung der in kommunalen Funktionen tätigen Genossen herangegangen werden. Sie erblicken darin weiter den einzigen Weg, die einzelnen Parteigenossen für diese Aufgabe zu bilden und zu schulen und eine zentrale Führung und Leitung der Kommunalpolitik unserer Partei zu ermöglichen.

5. **Bezirksparteitag Berlin-Brandenburg:**

Die Landagitation ist in großzügiger Weise auszubauen und die besten Genossen der Zentrale, des Reichs- und Landtages dafür zur Verfügung zu stellen. Es hat sich gezeigt, daß das Landproletariat für unsere Idee leicht zu gewinnen ist. Unsere Aufgabe muß es sein, durch gute Kräfte die Sympathie der Landarbeiter noch mehr zu wecken und dadurch Mitglieder zu gewinnen.

6. **Bezirksparteitag Berlin-Brandenburg:**

Durch die praktischen Erfahrungen bei der Landagitation hat sich herausgestellt, daß nach wie vor ein großer Mangel an Referenten besteht, die dieses Gebiet der Parteiarbeit einwandfrei und erfolgreich zu bearbeiten vermögen. Die Abt. Land hat eine intensive Schulung, die sich vor allem auf die Landagitationskommissionen der Partei und die Jugend zu erstrecken hat, in die Wege zu leiten.

7. **Ortsgruppe Frankfurt a. M.:**

Die Frankfurter Parteigenossen betrachten es als eine der wichtigsten Aufgaben der Partei, die Landarbeiter und Kleinbauern für uns zu gewinnen. Mehr als bisher müssen die Propagandisten der Partei im Lande tätig sein.

In der Bearbeitung der Konsumgenossenschaftsfrage ist mehr wie bisher zu tun und speziell hier die Beziehungen zwischen Land- und Industriearbeitern hervorzuheben.

Die Erwerbslosenkampagne ist weiterhin aufs schärfste im bisherigen Sinn zu forcieren.

Der Parlamentarismus ist von parlamentarisch tätigen Genossen im Sinne der Leitsätze und Statuten der Kommunistischen Inter-

nationale aufzufassen. Das Parlament ist für uns nur Tribüne u der Platz, den reaktionären und menschenm[...]istischen Parteien die Ma vom Gesicht zu reißen.

8. Bezirk Oberschlesien:

Ueber folgende Probleme ist die Diskussion in den Parteiorgane in den Organisationen und in der „Internationale" zu eröffnen:

a) Die wirtschaftlich-politische Neuwertung der gegenwärtigen Kris und die taktischen Folgerungen aus derselben. Diese Debatte würd dem nächsten Kongreß der KJ. einen festeren, gesünderen und breiteren Boden geben, als es bis jetzt der Fall war.
b) Die Frage der illegalen Organisation und der Massenpartei, der Vorbereitung des bewaffneten Aufstandes und der politischen Linie der Partei, sowie die Einstellung des Zentralorgans in Anlehnung an die bisherigen Erfahrungen (Märzaktion) und an die vorerwähnten theoretischen Untersuchungen.

B. Zur Erwägung überwiesen:

1. Bezirksparteitag Westfalen:

Der Bezirk Westsachsen stellt den Antrag an den Parteitag, di Bezirke Halle-Merseburg und Westsachsen zu einem Bezirke zu ver einigen. Sitz der Bezirksleitung soll Leipzig sein.

2. Bezirksparteitag Halle-Merseburg:

Der Bezirkstag für Halle-Merseburg beantragt, die in Anhal und zum Bezirk Magdeburg gehörenden Orte wegen ihrer Verbindun mit den Industriegebieten Wittenberg und Bitterfeld zum Bez Halle-Merseburg zu legen:

Coswig, Griebow, Mellendorf, Wörpen, Pülzig, Senst, Wahlsdo Köselitz, Jonitz, Stacklitz, Serno, Groschwitz, Weiden, Hundeluft, Bul Düben, Zicko, Buro, Wörlitz, Kakau, Rehsen, Bräsen, Möllens dorf, Göritz, Cobbelsdorf, Apollensdorf, Vockerode, Gohrau, Brand horst, Horstdorf, Naundorf, Dellnau, Riesigk, Klieken, Oranienbaum Sollnitz, Riesau, Schierau, Prirau, Möhlau, Retzau, Klekewi Jeßnitz, Bobbau, Thurland, Kl.-Leipzig, Möst, Törten, Kleutsch.

3. Bezirksparteitag Halle-Merseburg:

Der Bezirksparteitag beantragt bei der Zentrale, das sogenann „Bockwitzer Ländchen" (Mückenberg, Grünwalde usw., zum Regierungs bezirk Merseburg gehörig, ist jetzt der Niederlausitz angeschlosse wieder nach Halle-Merseburg zu legen.

4. Ortsgruppe Mückenberg:

Um eine bessere Agitation im Kreise Liebenwerda zu entfalten, b antragt die Ortsgruppe Mückenberg, den ganzen Kreis Liebenwerd entweder geschlossen wieder zu Halle oder an Forst angliedern z wollen, denn wie die Trennung des Kreises momentan vorgenomm ist, besteht eine erschwerte Arbeit in kommenden Wahlkämpfen.

5. Bezirksleitung Halle-Merseburg.

Der Parteitag möge beschließen, die preußischen Ortsgruppen, d seit dem Vereinigungsparteitag dem Bezirk Westsachsen zugeteilt si werden wieder dem Bezirk Halle-Merseburg angegliedert.

nationale aufzufassen. Das Parlament ist für uns nur Tribüne und der Platz, den reaktionären und menschewistischen Parteien die Maske vom Gesicht zu reißen.

8. **Bezirk Oberschlesien:**

Ueber folgende Probleme ist die Diskussion in den Parteiorganen, in den Organisationen und in der „Internationale“ zu eröffnen:

a) Die wirtschaftlich-politische Neuwertung der gegenwärtigen Krise und die taktischen Folgerungen aus derselben. Diese Debatte würde dem nächsten Kongreß der KJ. einen festeren, gesünderen und breiteren Boden geben, als es bis jetzt der Fall war.

b) Die Frage der illegalen Organisation und der Massenpartei, der Vorbereitung des bewaffneten Aufstandes und der politischen Linie der Partei, sowie die Einstellung des Zentralorgans in Anlehnung an die bisherigen Erfahrungen (Märzaktion) und an die vorerwähnten theoretischen Untersuchungen.

B. Zur Erwägung überwiesen:

1. **Bezirksparteitag Westfalen:**

Der Bezirk Westsachsen stellt den Antrag an den Parteitag, die Bezirke Halle-Merseburg und Westsachsen zu einem Bezirke zu vereinigen. Sitz der Bezirksleitung soll Leipzig sein.

2. **Bezirksparteitag Halle-Merseburg:**

Der Bezirkstag für Halle-Merseburg beantragt, die in Anhalt und zum Bezirk Magdeburg gehörenden Orte wegen ihrer Verbindung mit den Industriegebieten Wittenberg und Bitterfeld zum Bezirk Halle-Merseburg zu legen:

Coswig, Griebow, Mellendorf, Wörpen, Pülzig, Senft, Wahlsdorf, Köselitz, Jonitz, Stacklitz, Serno, Groschwitz, Weiden, Hundeluft, Buko, Düben, Zicko, Buro, Wörlitz, Kakau, Rehsen, Bräsen, Möllensdorf, Göritz, Cobbelsdorf, Apollensdorf, Vockerode, Gohrau, Brandhorst, Horstdorf, Naundorf, Dellnau, Riesigk, Klieken, Oranienbaum, Sollnitz, Niesau, Schierau, Prirau, Möhlau, Retzau, Klekewitz, Jeßnitz, Bobbau, Thurland, Kl.-Leipzig, Möst, Törten, Kleutsch.

3. **Bezirksparteitag Halle-Merseburg:**

Der Bezirksparteitag beantragt bei der Zentrale, das sogenannte „Bockwitzer Ländchen“ (Mückenberg, Grünwalde usw., zum Regierungsbezirk Merseburg gehörig, ist jetzt der Niederlausitz angeschlossen, wieder nach Halle-Merseburg zu legen.

4. **Ortsgruppe Mückenberg:**

Um eine bessere Agitation im Kreise Liebenwerda zu entfalten, beantragt die Ortsgruppe Mückenberg, den ganzen Kreis Liebenwerda entweder geschlossen wieder zu Halle oder an Forst angliedern zu wollen, denn wie die Trennung des Kreises momentan vorgenommen ist, besteht eine erschwerte Arbeit in kommenden Wahlkämpfen.

5. **Bezirksleitung Halle-Merseburg.**

Der Parteitag möge beschließen, die preußischen Ortsgruppen, die seit dem Vereinigungsparteitag dem Bezirk Westsachsen zugeteilt sind, werden wieder dem Bezirk Halle-Merseburg angegliedert.

Ortsgruppe Kiel:

Die Ortsgruppe Kiel stellt an den Parteitag den Antrag, daß Schleswig-Holstein mit Kiel als Bezirksvorort als selbständiger Bezirk neben dem Bezirk Wasserkante eingesetzt wird.

7. Ortsgruppe Braunschweig:

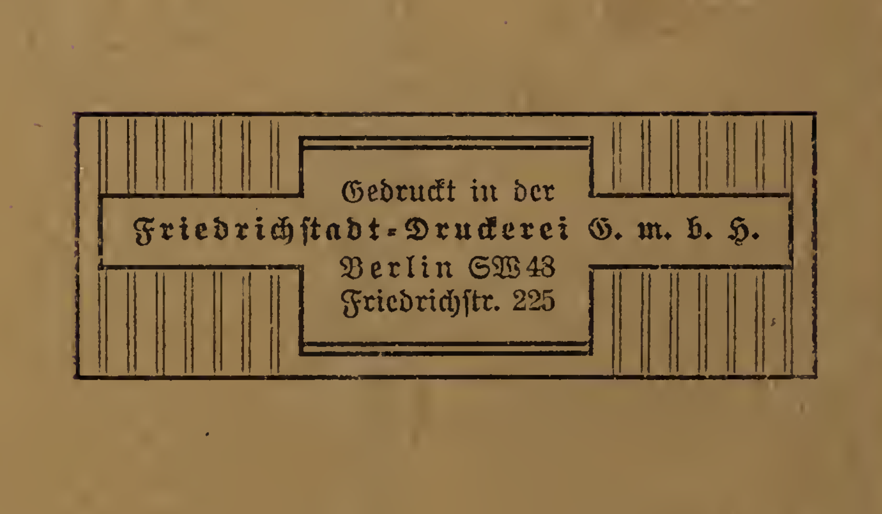
Die Ortsgruppe Braunschweig stellt den Antrag, den Freistaat Braunschweig innerhalb des Bezirks Niedersachsen als einheitlichen Agitationsbezirk zusammenzufassen. Ausgenommen hiervon ist der Amtsbezirk Teddinghausen, welcher zum Bezirk Bremen gehört.

8. Ortsgruppe Kiel:

Der Parteitag beauftragt die Zentrale in Anbetracht der geographischen und wirtschaftlichen Verhältnisse Schleswig-Holsteins, insbesondere der Agrarfrage wegen, für diese Provinz ein eigenes Organ mit dem Sitz in Kiel zu schaffen. Die „Norddeutsche Arbeiterzeitung" ist nicht so ausgestaltet, um diesen besonderen Verhältnissen Rechnung zu tragen. Der Parteitag erkennt die Dringlichkeit dieses Antrages an und beauftragt die Zentrale, sofort in Verbindung mit der Ortsgruppe Kiel die finanziellen und technischen Notwendigkeiten zu erledigen.

Bezirk Wasserkante:

Die Zentrale wird beauftragt, auf dem schnellsten Wege eine Reichskonferenz der Kommunistischen Erwerbslosenfraktion einzuberufen, die den Zweck hat, einheitlich über das ganze Reich Richtlinien auszuarbeiten, wie die kommunistischen Erwerbslosen innerhalb der Erwerbslosen zu arbeiten haben.



Gedruckt in der
Friedrichstadt-Druckerei G. m. b. H.
Berlin SW 48
Friedrichstr. 225